

08.05.00

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO
(früher Nordatlantische Versammlung/NAV)

über die Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO
vom 27. bis 31. Mai 1999 in Warschau

Die Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO fand vom 27. bis 31. Mai 1999 in Warschau statt.

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegation:

Deutscher Bundestag:

Abg. Markus Meckel (SPD)
Abg. Hans-Dirk Bierling (CDU/CSU)
Abg. Dr. Joseph-Theodor Blank (CDU/CSU)
Abg. Dr. Wolfgang Götzer (CDU/CSU)
Abg. Dr.-Ing. Dietmar Kansy (CDU/CSU)
Abg. Volker Kröning (SPD)
Abg. Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU)
Abg. Manfred Opel (SPD)
Abg. Kurt J. Rossmanith (CDU/CSU)
Abg. Verena Wohlleben (SPD)
Abg. Peter Zunkley (SPD)

Bundesrat:

Senator Uwe Beckmeyer (SPD), Bremen
Minister Heiner Bartling (SPD), Niedersachsen
Staatsminister Florian Gerster (SPD), Rheinland-Pfalz

Minister Dr. Arno Walter (SPD), Saarland
Minister Dr. Ekkehard Wienholtz (SPD), Schleswig-Holstein

Ablauf der Tagung

Die Sitzungen der Ausschüsse der Parlamentarischen Versammlung der NATO fanden am 28. und 29. Mai 1999 statt, das Plenum tagte am 31. Mai 1999.

Die Plenarsitzung wurde vom Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der NATO, **Javier Ruperez** (Spanien), eröffnet. Es folgten Ansprachen des Marschalls des Sejm, **Maciej Plazynski**, der Marschallin des Senats, **Alicija Grzeskowiak**, sowie des Premierministers von Polen, **Jerzy Buzek**, mit anschließender Frage- und Antwortstunde.

Politischer Ausschuss

Zu Beginn der Sitzung des Politischen Ausschusses verabschiedete der Vorsitzende **Jan Petersen** (Norwegen) den scheidenden Ausschuss-Direktor **John Borawski** und begrüßte seinen Nachfolger **Steffen Sachs**.

Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen, **Prof. Bronislaw Geremek**, hob anschließend hervor, dass im Fall Kosovo nur die NATO habe Schutz gewähren können. Es seien allerdings Veränderungen bei den Verfahren notwendig. Auch die Größe der friedenserhaltenden Truppen müsse diskutiert werden. Polen habe seine Streitkräfte bereits den neuen Aufgaben angepasst. 114 Soldaten in der albanischen FOR schützten das NATO-Hauptquartier. Polen unterstützte die Politik der NATO voll. Im Fall Kosovo habe Gewalt angewandt werden müssen. Dennoch werde auch die ständige Suche nach friedlichen Lösungen unterstützt. Wichtig sei eine adäquate Information der Öffentlichkeit, die

in Polen stattgefunden habe. Es müssten jetzt Netzwerke, in denen die Parlamente eine entscheidende Rolle übernehmen könnten, aufgebaut werden, um für Stabilität in der Region zu sorgen und die Rückkehr zum normalen Leben zu ermöglichen. Institutionell sei die beste Lösung ein Zusammengehen der NATO mit UNO und OSZE. Die OSZE sei gut ausgestattet und in den Ländern verwurzelt. Außerdem gebe es zwischen OSZE und NATO eine enge Zusammenarbeit. Er unterstrich die Position, dass es in Europa keinen Platz für Milosevic und seinesgleichen gebe, wie dies der Resolutionsentwurf vom 10. Mai 1999 formuliere.

Auf die Frage des Abg. **Baumel** (Frankreich) nach dem Platz Europas in der Behandlung von Konflikten angesichts der Position der USA stellte Minister **Geremek** klar, dass Europa nicht tatsächlich schwach gegenüber den USA, sondern nur gegenüber sich selbst sei. Polen bringe großes Verständnis für alle die Länder auf, die in der NATO, aber nicht zugleich EU-Mitglieder seien. Sie seien Objekte einer bestimmten Politik, als NATO-Mitglieder aber zugleich auch Akteure. Insofern gebe es graduelle Unterschiede in Bezug auf die Wahrnehmung einer europäischen Identität. Faktum sei allerdings, dass es gegenüber den USA an technischen Voraussetzungen fehle, z. B. seien weder die nötige Stärke der Luftwaffe noch eine wirksame Aufklärung vorhanden.

Auf die Frage des Abg. **Markus Meckel** (Bundesrepublik Deutschland) nach dem Grund des Scheiterns des Kosovoeinsatzes der OSZE im Herbst und Winter – z. B. ob die Beobachter nicht genügend ausgebildet gewesen seien – entgegnete Minister **Geremek**, dass die genauen Ursachen nur Historiker analysieren könnten. Die OSZE habe die Beobachter zu Recht entsandt. Die Zustimmung zur Entsendung sei ein Fortschritt gewesen. Man brauche bei derartigen Prozessen unbedingt objektive Zeugen. Milosevic habe mit seiner Politik dieses hoffnungsvolle Unternehmen allerdings zerstört. Auf die Frage des britischen Abgeordneten **Anderson**, ob sich durch die Anklage von Milosevic als Kriegsverbrecher nicht eine besonders schwierige Lage im Hinblick auf künftige Verhandlungen ergeben habe, erwiderte Minister **Geremek**, dass dies eine Frage für die Rechtsprechung sei. Politisch ergebe sich tatsächlich eine gewisse Schwierigkeit. Dies müsse aber von der juristischen Seite getrennt werden. Wichtig sei, dass für die Rückkehr der Flüchtlinge gesorgt werde.

Auf die Frage des Abg. **Millan** (Spanien), warum der Islam zu den Vorkommnissen schweige und welche Rolle die alten Ideologien spielten, stellte Minister **Geremek** fest, dass der Kosovo-Konflikt die Huntington-These widerlegt habe. Islamische Länder seien in einer sehr schwierigen Situation. Aus religiösen Gründen müssten sie sich auf die Seite der Verfolgten schlagen. Auf der anderen Seite verspürten sie eine Abneigung gegenüber den USA. Bei vielen Konflikten gehe es letztendlich um

den Prozess der endgültigen Beseitigung des kommunistischen Erbes. Leider gebe es nach wie vor einige Reste an Nostalgie. Abg. **van Eekelen** (Niederlande) rügte die späte Reaktion und den fehlenden Autonomieplan, die

Gründe für ein Scheitern der OSZE gewesen seien. Auch seien die internationalen Organisationen nicht ausreichend vernetzt.

Abg. Payne (Tschechische Republik) warf die Frage auf, wie die Konfliktvermeidung gestärkt werden könne. Die UN könne wenig leisten, wenn es um eine notwendige Einmischung in innere Angelegenheiten gehe. Erst der Helsinki-Prozess habe festgestellt, dass Menschenrechte nicht innere Angelegenheiten seien.

Abg. Ozerow (Russland) stellte die Frage nach den humanitären Zielen der NATO-Intervention. Bei allen Bombardierungen gehe es um Tötungen. Minister **Geremek** entgegnete, dass es keine Alternative gegeben habe. Man beobachte eine Schwäche des UN-Systems. Es sei sicherlich nötig, eine neue internationale Architektur zu schaffen. Die Frage stelle sich nur, wer Träger sei und wie sie geschaffen werden sollte. Milosevic habe nicht im geringsten guten Willen gezeigt. Ein Vorgehen nach Kapitel VII der UN-Charta sei sicher das Beste, komme aber selten zum Zuge. Reine Passivität stärke nur die Tyrannen. In einem solchen Konflikt müsse man eindeutige Positionen beziehen. Historiker seien in der Regel nicht besonders begeistert, wenn man sich rein passiv verhalte.

Abg. Sarre (Frankreich) sah ein problematisches Verhältnis der NATO zu den selbst erklärten Kriegszielen. Milosevic werde in einigen Tagen an den Verhandlungstisch zurückkehren. Es stelle sich die Frage, warum die OSZE-Beobachter zurückgezogen worden seien. Auf beiden Seiten des Konflikts seien Verbrechen festzustellen. Milosevic anzuklagen heiße letzten Endes, dass eine politische Lösung nicht mehr gesucht werde. Er befürchte als Folge eine Konfrontation zwischen Europäern und Slawen.

Abg. Ratiu (Rumänien) bedauerte, dass der NATO-Beitritt Rumäniens im April vom Gipfel zurückgestellt worden sei. Rumänien habe im Kosovo-Konflikt mit am meisten Unterstützung geleistet.

Abg. Inan (Türkei) wies darauf hin, dass sein Land sich ebenfalls stark beteilige. Es schweige auch nicht, obwohl es vom Islam geprägt sei. Hier stelle sich immer wieder die Frage, warum der türkische Beitrittswunsch zurückgewiesen werde.

Minister **Geremek** sah eine Kapitulation Milosevic als nötig an, wenn es um die Flüchtlingsrückkehr gehe. Es gebe Grenzen der Kompromissmöglichkeiten. Eine irgendwie geartete Form der Bodenintervention komme auf jeden Fall, mit oder ohne Zustimmung Milosevics. Im Übrigen gebe es keinen Grund für eine Konfrontation

von Slawen und Westeuropäern. Mit Russland werde der Dialog fortgesetzt. Die Frage, welche der Staaten der NATO beitreten dürften, müsse allerdings neu erörtert werden. Die Loyalität der Türkei müsse anerkannt werden. Dies sei das Land, das 123 Jahre lang die Teilung Polens nicht anerkannt habe.

Abg. **Dr. Karl A. Lamers** (Bundesrepublik Deutschland) dankte Minister **Geremek** für sein eindeutiges Bekenntnis zu der Politik der NATO. Was die NATO mache, sei richtig, weil sie eine Wertegemeinschaft sei. Er erkenne keine anderen Möglichkeiten. Allerdings stelle sich die Frage, wie man mit Kriegsverbrechern verhandeln könne. Die NATO führe keinen Krieg gegen Serbien, sondern gegen Milosevic. Dieser müsse deshalb weg. Vielleicht lasse sich dies aus Serbien heraus lösen. Die Russen sollten ihren Einfluss nutzen, Milosevic dazu zu bewegen, ins Exil zu gehen.

Abg. **Rochat** (Schweiz) wies auf die schwierige Lage Mazedoniens hin. Außerdem sei es immer schwieriger, zwischen Kriegstruppen und humanitären Kräften zu unterscheiden. Es stelle sich die Frage nach der gegenseitigen Rollenverteilung.

Minister **Geremek** betonte, dass eine Regelung mit Milosevic gefunden werden müsse. Der Vorschlag des Abg. **Dr. Karl A. Lamers** sei sehr interessant. Allerdings könne dies nicht von außen geschehen. Die Serben müssten dies selbst lösen. Wegen des Völkermordes könne aber so lange nicht gewartet werden. Im Übrigen sei Milosevic noch nicht verurteilt.

Zu den Tagesordnungspunkten 6 (Bericht von Botschafter **Petritsch**, des EU-Vertreters bei den Kosovo-Verhandlungen), und 7 (Bericht von **Judah**, dem Autor des Buches „Die Serben: Geschichte, Mythos und die Zerstörung von Jugoslawien“) wird auf den Bericht aus dem Ausschuss für Zivile Angelegenheiten, wo beide Redner ebenfalls auftraten, verwiesen.

Berichterstatte **Terracini** (Italien) berichtete aus der Sondergruppe Mittelmeer über die Sicherheit in der Region Nordafrika. Er stellte fest, dass es in der Maghreb-Region wenig gemeinsame Sicherheitsanliegen gebe. Die Lage der vier untersuchten Länder Algerien, Libyen, Marokko und Tunesien wiese sehr eigene und sehr voneinander abweichende Merkmale auf. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, die den Maghreb immer als einen Raum von untergeordnetem strategischem Interesse gesehen hätten, verfolge Europa aus eigenen Gründen einen anderen Ansatzpunkt. Der Maghreb-Raum habe für die Sicherheitsanliegen der Europäer und insbesondere die nördlichen Anrainerstaaten des Mittelmeeres eine hohe Priorität. Die Diskussion werde vorwiegend mit dem Akzent auf den sozialen, politischen und wirtschaftlichen Problemen geführt. Die anlässlich der Konferenz von Barcelona im November 1995 eingeleitete EU-Politik der

Partnerschaft bezwecke die Entwicklung einer Partnerschaft zwischen den Mitgliedstaaten und den zwölf Mittelmeerstaaten einschließlich Algeriens, Marokkos und Tunesiens. Ziel dieser Initiative sei die Schaffung eines Raums von gemeinsamem Wohlstand, Frieden und Stabilität im Mittelmeerraum, wobei schrittweise bis zum Jahre 2010 eine Freihandelszone entwickelt werden solle. Die Aktivitäten des Prozesses von Barcelona seien auf drei Körbe aufgeteilt, in denen Vorkehrungen in den Bereichen Politik und Sicherheit, Wirtschaft und Finanzen sowie Soziales und Kultur entwickelt werden sollten. Andere Organisationen hätten parallel zur Europäischen Union Maßnahmen ergriffen. Die Westeuropäische Union habe 1992 einen Dialog mit sechs Mittelmeerstaaten, nämlich Algerien, Ägypten, Israel, Mauretanien, Marokko und Tunesien begonnen. Jordanien sei später hinzu gekommen. Der Dialog solle die Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch in Sicherheits- und Verteidigungsfragen bieten. Darüber hinaus hätten sich 54 Mitglieder der OSZE mit fünf Mittelmeerstaaten, nämlich Algerien, Ägypten, Israel, Marokko und Tunesien zusammengetan. Diese Staaten veranstalteten regelmäßige Konferenzen und Seminare über Sicherheitsfragen und hätten auf der Basis der Erfahrungen der OSZE im Bereich der vertrauensbildenden Maßnahmen den Gedanken der Einberufung einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum neu belebt. Die NATO-Initiative eines Dialogs mit dem Mittelmeerraum, die anlässlich des Brüsseler Gipfels 1994 eingeleitet worden sei und sechs Staaten außerhalb der Allianz involviere (Ägypten, Israel, Jordanien, Mauretanien, Marokko und Tunesien), weise eine Reihe von eigenen Merkmalen auf, aufgrund derer sie zu einer idealen Abrundung der Programme der anderen Organisationen und insbesondere des Barcelona-Prozesses werde. Ein erstes eigenes Merkmal liege darin, dass die Ziele der Allianz vorwiegend politischer Natur seien. Ein zweites wichtiges Unterscheidungsmerkmal liege in der Präsenz Amerikas. Den süd-europäischen Staaten und der Europäischen Union falle es im Allgemeinen leichter, mit den Maghrebländern über Unterstützung und Investitionsstrategien als über Fragen der politischen und strukturellen Reform zu diskutieren. Umgekehrt seien die Amerikaner immer stärker als ihre europäischen Partner geneigt, im Rahmen ihrer Strategie gegenüber dem Süden nachdrücklich auf die Notwendigkeit hinzuweisen, Probleme von politischer Legitimität und Demokratisierung anzusprechen. Anlässlich eines NATO-Seminars im Februar 1999 in Valencia habe die Rand Corporation einen Bericht über die Zukunft der Mittelmeerinitiative der NATO vorgestellt. Es sei angemessen, erste Überlegungen darüber anzustellen, wie eine bessere Koordinierung sämtlicher bestehender Initiativen erreicht werden könne. Insbesondere könne eine Zusammenarbeit der NATO und der Europäischen Union im Hinblick auf dieselben strategischen Ziele eine entscheidende Wirkung auf die Entwicklung einer friedlichen, stabilen und wirtschaftlich aktiven Region haben. Die drängendsten Probleme im Mittelmeerraum griffen über

alle transatlantischen und Nord-Süd-Trennlinien hinweg: Terrorismus, internationale Verbrechen, Waffenhandel und Weitergabe, Migration, gesicherte Energieversorgung und Schädigung der Umwelt. Die zunehmende Verknüpfung auf zahlreichen Ebenen solle letztlich auf die Herausbildung einer Art Mittelmeergemeinschaft zwischen Südeuropäern und Nordafrikanern hinauslaufen.

Der Vorsitzende der Sondergruppe „Mittelmeerraum“, **Moya** (Spanien), berichtete von einem Besuch in Marokko im April/Mai 1999. Nach seinem Eindruck wolle Marokko das Referendum zur West-Sahara. Abg. **Anderson** (Vereinigtes Königreich) stellte die Ernsthaftigkeit Marokkos in diesem Punkt in Frage. Die UN hätten allerdings Schwierigkeiten, die Zahl der Stimmberechtigten zu ermitteln.

Abg. **Terracini** (Italien) widersprach, da nach seiner Ansicht die Realität hinsichtlich der Polisario eine andere sei. Man habe sie bei dem Besuch nicht sprechen können. Auch das Referendum sei nicht ehrlich gemeint.

Abg. **Moya** (Spanien) vertrat demgegenüber die Auffassung, dass Marokko es mit dem Referendum schon ernst nehme. Allerdings dränge sich auch der Eindruck auf, dass Marokko ein Referendum, das es verlieren werde, kaum zulassen werde und daher die nötigen Vorkehrungen treffe.

Abg. **Markus Meckel** (Bundesrepublik Deutschland) sagte einfürend zu dem von ihm vorgestellten Berichtsentwurf, dass dieser vor der endgültigen Festlegung der NATO-Strategie und vor der Kosovo-Eskalation begonnen worden sei. Man befinde sich in einer historisch entscheidenden Stunde. Soeben habe man das 50. Jubiläum der NATO gefeiert; ebenfalls sei es der 10. Jahrestag, an dem Polen seine Freiheit feiern könne. Schon 1991 habe es die erste veröffentlichte neue NATO-Strategie gegeben. Wesentliche Meilensteine seien die Kooperation mit Russland und die Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten. Es gehe darum, eine Region der Sicherheit und Stabilität zu schaffen. Dafür bedürfe es insbesondere aber auch der Geschlossenheit. Die kollektive Verteidigung des Bündnisgebietes bilde nach wie vor das Fundament der NATO. Die wirklichen Bedrohungen der Sicherheit der Mitglieder gingen jedoch von politischen Instabilitäten und Regionalkonflikten an der Peripherie des Bündnisgebietes aus. Dabei stelle die Aufnahme Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns in die NATO einen großen Fortschritt für die Verwirklichung eines geeinten und freien Europas dar. Der Washingtoner Gipfel habe zugleich bekräftigt, dass die Tür der Allianz weiter offen stehe. Das Bündnis brauche jedoch in absehbarer Zeit einen konkreten Fahrplan hierfür. Der Amsterdamer Vertrag und die Washingtoner Beschlüsse seien außerdem Meilensteine auf dem Weg zu einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität. Europa müsse zu autonomem Handeln in der Lage sein.

Hierzu sei es von Bedeutung, den gemeinsamen politischen Willen zu entwickeln. Schließlich sei auch der 1997 mit der Mittelmeerkoooperationsgruppe geführte Dialog wichtig, weil aus dieser Region an der Peripherie des Gebietes die stärksten potenziellen Bedrohungen herrührten.

Abg. **Lyabedzka** (Belarus) berichtete von den Problemen der demokratischen Kräfte in Belarus. Milosevic sei ein ideologischer Bruder von Lukaschenko. Er bitte darum, eine Resolution zugunsten der weißrussischen Demokraten anzunehmen.

Lord **Kennet** (Vereinigtes Königreich) problematisierte die rechtliche Lage angesichts des NATO-Einsatzes im Kosovo mit den Worten, dass der Rechtsstaat selbst ein Rechtsgut, sogar Menschenrechtsgut sei, und deshalb das Verhältnis zwischen UN-Recht und NATO-Einsatz Probleme aufwerfe.

Abg. **Pastusiak** (Polen) bat um einen Spezialbericht über Weißrussland. Er stelle fest, dass es in Europa statt der erhofften Werte Frieden und Freiheit an vielen Stellen Krieg, Ängste, Hunger, Waffen, Schiebereien und Ähnliches gebe. Wichtig seien auf der einen Seite eine weitere Öffnung, auf der anderen Seite aber auch eine Selbstbeschränkung der NATO, da diese nicht in jedem Winkel der Erde zum Einsatz kommen könne.

Abg. **Milian** (Spanien) wies darauf hin, dass ohne eine internationale Rechtsordnung keine europäische Ordnung von Bestand sei. Nationalistische Träumereien führten überall zu internen Konflikten.

Abg. **Petrovski** (Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) betonte die Flüchtlingsproblematik, die insbesondere sein Land treffe. Außerdem bitte er um eine Ergänzung des Berichts für die Beitrittskandidaten.

Abg. **Baumel** (Frankreich) problematisierte die Frage der Eingliederung der Westeuropäischen Union in die EU. Eine solche sei nur über einen völkerrechtlichen Vertrag möglich. Es stelle sich aber dann die Frage nach dem Fortbestand von Artikel 5, der Beistandspflicht. Außerdem sei die Frage des Verhältnisses von Erweiterung und neutralen Staaten sehr ungeklärt.

Abg. **Konarski** (Polen) sah Probleme im strategischen Konzept der NATO. Es sei nicht klar, ob es sich um ein Minimal- oder Maximalkonzept handele.

Abg. **Ozerow** (Russland) stellte dar, dass er mit großem Interesse den Generalbericht gelesen habe. Wichtig sei es, die Rolle des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen im Zusammenhang mit der Konfliktlösung in den Regionen zu überprüfen. Der Rechtsstaat sei ein kostbares Gut. Deshalb müsse bei jedem NATO-Einsatz der NATO-Vertrag eingehalten werden. Gewalt bei Konfliktlösung

sei immer problematisch. Die Fortsetzung des Dialogs mit Russland heile begangene Rechtsverletzungen nicht.

In seinem Zwischenberichtsentswurf aus dem Unterausschuss „NATO-Erweiterung und neue Demokratien“ erläuterte Berichterstatter Abg. **Viggers** (Vereinigtes Königreich), dass zahlreiche mittel- und osteuropäische Staaten nur unzureichende Grundlagen für den Fortbestand der Demokratie hätten, insbesondere auch aufgrund der Problematik des organisierten Verbrechens. Hier sei Vorsicht angebracht. Zum Zweiten müssten die Länder, die der NATO beitreten wollten, ihre Verteidigungsanstrengungen noch erheblich verstärken. Zum Dritten könne die NATO ihre Politik der offenen Tür nicht aufrechterhalten, ohne russische Bedenken zu berücksichtigen. Insgesamt sei die NATO-Erweiterung in Mittel- und Osteuropa mit großem Engagement entgegengenommen worden. Die Aufnahme in die NATO bedeute sowohl einen Zugewinn an wirtschaftlicher als auch an militärischer Reputation. Die NATO habe mit ihren Entscheidungen von 1997 Recht behalten.

Berichterstatter **Lenic** (Slowenien) kam in seinem Bericht zu dem Schluss, dass die von Slowenien ergriffenen Maßnahmen ein deutliches Zeichen dafür gesetzt hätten, dass Slowenien seine Zusammenarbeit mit der NATO vertiefe und verstärke. Die erklärte Politik der offenen Tür, die in Artikel 8 der Madrider Erklärung festgelegt und bei den folgenden NATO-Ministerratstagungen bekräftigt worden sei, müsse glaubhaft bestätigt werden. Slowenien bereite sich militärisch, politisch und finanziell darauf vor, dem Beispiel der Tschechischen Republik, Ungarns und Polens auf dem Weg der Vollmitgliedschaft in der Allianz zu folgen. Es werde sich mit großem Interesse dafür einsetzen, ein glaubwürdiges und konstruktives Mitglied der NATO zu werden.

Berichterstatter **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) berichtete über die Einbettung der kooperativen und kollektiven Sicherheit von OSZE und NATO in ein neues Europa. Er betonte, dass man zuversichtlich sein könne, weitaus größere Möglichkeiten für die institutionelle Synergie bei Krisenverhütungen, Krisenbewältigung und der nachträglichen Konfliktaufbereitung zu haben, als dies in der Vergangenheit gewesen sei. Die NATO habe ihre Kernaufgabe der kollektiven Verteidigung beibehalten, gleichzeitig aber zunehmend Friedensunterstützungsaufgaben außerhalb des Bündnisses auf sich genommen. Außerdem habe die Allianz immer mehr Verbindungen zur WEU aufgebaut, um eine lebensfähige Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität sprießen zu lassen. Die WEU könne als Brücke zwischen der NATO und der gemeinsamen Außenpolitik und Sicherheitspolitik der WEU betrachtet werden. NATO und WEU seien seit 1992 bereit, Friedenserhaltungsmissionen unter einem Mandat des UN-Sicherheitsrates sowie unter der Autorität der OSZE zu erwägen. Insgesamt mache dies alles, zusammen mit dem Ständigen Gemeinsamen NATO-Russland-

Rat, der besonderen Partnerschaft zwischen der NATO und der Ukraine und der wachsenden Zahl multinationaler Militärverbände, deutlich, dass die kooperative Sicherheit zwischen Institutionen und zwischen den Institutionen und Regionen sowie zwischen den Regionen immer konkretere Formen annehme. Der Schwerpunkt der kooperativen und kollektiven Sicherheitsdimensionen liege hierbei auf den beiden unverzichtbaren Pfeilern der OSZE und der NATO.

Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit

Der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit der Parlamentarischen Versammlung der NATO tagte während der diesjährigen Frühjahrstagung in Warschau am 28. Mai 1999 unter dem Vorsitz von **Rafael Estrella** (Spanien).

Im Mittelpunkt der Erörterungen standen das Grußwort des polnischen Verteidigungsministers **Janusz Onyszkiewicz** sowie die Krise im Kosovo und die daraus zu ziehenden Schlüsse für die zukünftige Politik der NATO im besonderen Hinblick auf zukünftige Krisenprävention und Krisenmanagement.

In seinem Grußwort an den Ausschuss unterstrich Verteidigungsminister **Onyszkiewicz** die Bedeutung der Parlamentarischen Versammlung der NATO als Gesprächsforum und Bindeglied zwischen den Regierungen und Parlamenten der ihr angehörenden Länder. Für ihn sei die Erweiterung der NATO das bedeutendste Ereignis im Rahmen der transatlantischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik dieses Jahres. Darüber hinaus habe das Gipfeltreffen in Washington der NATO den Weg in die Zukunft gewiesen. Er sei davon überzeugt, dass die demokratischen Prinzipien, die die Allianz gekennzeichnet hatten und auf denen sie aufgebaut sei, am Ende des 21. Jahrhunderts noch genau so wichtig seien wie heute. Polen sei stolz darauf, nun ein Mitglied des Bündnisses zu sein, und wolle bei der Weiterentwicklung dieses Bündnisses durchaus eine aktive Rolle spielen. Polen unterstütze die Politik der „offenen Tür“ und begrüße insoweit die in Washington festgelegten Grundsätze zum weiteren Vorgehen des Bündnisses in dieser Frage. Hauptaufgabe der Allianz bleibe die Schaffung und Erhaltung von Sicherheit und Stabilität auf der Grundlage von Frieden und Freiheit seiner Völker. An diese Prinzipien, die die Stärke des Bündnisses ausmachten, müsse man auch weiterhin anknüpfen.

Auf Frage des Abg. **Ozerow** (Russland), ob er der Meinung General Naumanns zustimme, wonach von Russland eine Gefahr für Europa ausgehe, erklärte der polnische Verteidigungsminister, Polen sehe in Russland keinen Gegner, sondern einen Partner, mit dem ein Dialog angestrebt werde. So sei Polen dem Bündnis auch keineswegs aus einem Gefühl der „Bedrohung“ heraus beigetreten.

Polen fühle sich vielmehr den Prinzipien von Frieden und Freiheit auf der Grundlage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet und wolle dies u. a. auch durch seine Mitgliedschaft in der NATO deutlich machen. Er persönlich sehe keine Gefahr, die von Russland ausgehe. Sorge bereiteten ihm allerdings Anzeichen einer Instabilität Russlands, insbesondere die Gefahr einer Wirtschaftskrise, die sicherlich auch starke Auswirkungen auf Polen hätte. Das habe aber nichts mit einer wie auch immer gearteten Angst vor Russland zu tun. Im Gegenteil, Polen sei aus geographischen, kulturellen und politischen Gründen an guten Beziehungen zu Russland interessiert.

Auf die Frage des Abg. **Rompkey** (Kanada) nach der Situation in der Region Kaliningrad wies der Verteidigungsminister auf das umfangreiche militärische Gerät hin, das beim Rückzug der russischen Truppen aus dem Gebiet der ehemaligen DDR in der Region Kaliningrad zwischengelagert worden sei. Dabei handele es sich u.a. um 900 Panzer, die zur Verteidigung dieser Region sicherlich nicht gebraucht würden und aus seiner Sicht daher reduziert werden müssten. Allerdings verstehe Polen die Gründe für diese Zwischenlagerung und erkenne auch durchaus einen positiven Trend, dieses militärische Potenzial zu verringern. Sorge bereite ihm die wirtschaftliche Lage in der Region Kaliningrad.

Im Übrigen unterstütze Polen die gemeinsamen Anstrengungen zur Ausprägung einer europäischen Sicherheitsidentität und strebe die Vollmitgliedschaft auch in der WEU und der EU an. Unabhängig davon begrüße er die Absicht, auch die bisher nur assoziierten Mitglieder der WEU in den Prozess der Schaffung einer europäischen Verteidigungsidentität einzubeziehen. Wichtig dabei sei, keine doppelten Strukturen zu schaffen, weil das unnötige Kosten verursachen und u. U. die transatlantische Bindung schwächen würde. Das deutsch-dänisch-polnische Korps in Stettin sei bisher nur für NATO-Einsätze bestimmt.

Zur Heeresreform in Polen erläuterte der Verteidigungsminister, dass Polen seine Armee bereits von etwa 400 000 Soldaten im Jahre 1980 auf jetzt noch etwas mehr als 200 000 Mann reduziert habe. Angestrebt werde eine Zahl von ca. 180 000 Soldaten. Das entspreche einer Reduzierung der Anzahl der Divisionen von elf auf dann noch sechs. Wichtig sei darüber hinaus, die Struktur dieser Armee kompatibel zur NATO zu machen und neben der Kommunikation und der Luftverteidigung insbesondere auch die Führungsstruktur der Armee an die NATO-Strukturen anzupassen.

Im Hinblick auf die Finanzierung dieser ehrgeizigen Reform gehe man von einem Wirtschaftswachstum von 4,5 % aus. Derzeit weise die polnische Wirtschaft sogar noch höhere Wachstumsraten aus. Neben der Finanzierung durch das Wirtschaftswachstum wolle man aber auch noch auf den Erlös aus dem Verkauf von Gerät und Immobili-

en sowie der Privatisierung von Verteidigungsindustriebetrieben zurückgreifen.

Abg. **Forcieri** (Italien) legte seinen Bericht über die drei neuen NATO-Partner Tschechien, Polen und Ungarn vor. Darin führte er aus, dass die drei neuen Partnerstaaten schon jetzt einen wichtigen und wesentlichen Beitrag zur Schaffung von Sicherheit und Stabilität in Europa leisteten. Dabei komme der Stärkung der Demokratie, der Wirtschaft und gut nachbarschaftlicher Beziehungen durch regelmäßige Konsultationen und politische Meinungsbildung eine durchaus größere Bedeutung zu als der militärischen Einsatzfähigkeit. Aus der Sicht der Allianz sei es jetzt wichtig, die Politik der „Offenen Tür“ im Hinblick auf den Beitritt weiterer Staaten fortzusetzen. Dies gelte insbesondere für den südosteuropäischen Raum, wo ein rechtzeitiges Angebot einer Aufnahme der Länder in die europäischen Institutionen einen Konflikt möglicherweise hätte verhindern können. Darüber hinaus müsse Russland deutlich gemacht werden, dass die Zeiten des Denkens in Einfluss- und Konfliktzonen vorbei sei und Europa Russland die Hand reiche, um an der Schaffung von Sicherheit und Stabilität in Frieden und Freiheit in Europa mitzuwirken. Ein solches Angebot müsse auch für ein demokratisch verfasstes Jugoslawien gelten.

Abg. **Pastusiak** (Polen) stellte die Forderung des Berichterstatters nach einer stärkeren zivilen Kontrolle des Militärs in Polen in Frage. Nach einer entsprechenden Verfassungsänderung habe Polen alle notwendigen Voraussetzungen für eine verfassungsrechtliche Kontrolle der Armee durch das Parlament geschaffen. Vor diesem Hintergrund sei die Kritik des Berichterstatters nicht berechtigt.

Abg. **Cook** (Vereinigtes Königreich) berichtete über die Ukraine. Er hob hervor, dass es der Ukraine innerhalb kürzester Zeit gelungen sei, demokratische Strukturen aufzubauen und sich von einem Teil der früheren Sowjetrepublik zu einem selbständigen und selbstbewussten Staat an der Grenze zwischen Ost und West zu entwickeln. Dabei sei es durchaus bewundernswert zu beobachten, wie es der Ukraine gelinge, den geographischen, kulturellen und politischen Gegensatz zwischen Ost und West nicht nur im eigenen Land auszugleichen, sondern auch zwischen seinen Nachbarstaaten zu vermitteln. So hätten sich die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland trotz zahlreicher kontroverser Fragen als erstaunlich stabil erwiesen. Hervorzuheben seien darüber hinaus die Anstrengungen zur Reduzierung der Armee auf ein für die Verteidigung eines nunmehr souveränen Staates erforderliches Maß und insbesondere der freiwillige Verzicht auf den Status einer Atommacht. Vor diesem Hintergrund könnten die Reformbemühungen der Ukraine in vielerlei Hinsicht als vorbildlich angesehen werden und verdienten nachhaltige Unterstützung. Dies gelte um so mehr, als die Ukraine gerade nach dem Zusammenbruch der früheren Sowjetunion als ein wichtiger Stabilitätsfaktor an der Grenze zwischen Ost und West angesehen werden müsse.

Abg. **Zayets** (Ukraine) merkte dazu an, dass die Ukraine keineswegs als „Pufferstaat“ zwischen Europa und Russland angesehen werden dürfe. Nach der Einführung demokratischer Strukturen und der Reform der Streitkräfte habe die Ukraine die Voraussetzungen für einen Eintritt in die neue europäische Sicherheitsordnung geschaffen und sei bereit, ihren Teil der Verantwortung für Sicherheit und Stabilität zu übernehmen. Dazu sei es aber erforderlich, die Ukraine auch in die transatlantischen Beziehungen einzubeziehen. Seit vier Jahren sei der Abschluss eines Abkommens mit der Europäischen Union geplant, stehe aber auch auf dem EU-Gipfel in Köln wieder einmal nicht auf der Tagesordnung. Er mahne insoweit an, die Beziehungen zu der Ukraine von Seiten der EU nicht als nachrangig gegenüber den Beziehungen zu Russland anzusehen.

Abg. **Lebedko** (Weißrussland) wies auf das totalitäre Regime des derzeitigen Präsidenten Lukaschenko hin. Dies sei aus seiner Sicht nicht nur ein personelles Problem, sondern zeuge auch von der dahinter stehenden Ideologie des Revanchismus, die Präsident Lukaschenko wieder eingeführt habe. Abg. **van Eeklen** (Niederlande) berichtete über den Sachstand im Hinblick auf die Schaffung einer gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESDI). Angesichts der vorhandenen Entscheidungs- und Führungsstrukturen erscheine es durchaus sinnvoll, der WEU im Rahmen der Schaffung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität die Möglichkeit einzuräumen, Fähigkeiten und Strukturen der NATO mitzunutzen. Auch in Planungsfragen sei eine Zusammenarbeit sinnvoll. Schließlich müsse es darum gehen, zusätzliche Kosten und Doppelarbeit zu vermeiden.

Auf dem Gipfeltreffen in Washington habe es begrüßenswerte Zeichen für eine Bewegung in diese Richtung gegeben. Darüber hinaus bedürften die unterschiedlichen Mitgliedschaften in NATO, WEU und EU einer besonderen Koordinierung, um nicht einzelne Staaten von der Entwicklung einer ESDI auszuschließen. Die Benennung eines Hohen Repräsentanten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, der gleichzeitig als Generalsekretär der WEU fungieren werde, werde hierzu sicherlich einen wichtigen Beitrag leisten. Erfreulich sei, dass nach der Erklärung von St. Malo nun auch Großbritannien seine Unterstützung der Ausprägung einer ESDI erklärt habe.

Nach den Erfahrungen mit dem Einsatz im ehemaligen Jugoslawien müssten sich die europäischen Bündnispartner allerdings fragen, was sie technisch zu leisten in der Lage wären, wenn die Amerikaner einmal nicht an einem friedenserhaltenden oder friedensschaffenden Einsatz teilnahmen und daraus die notwendigen Konsequenzen für die Anpassung der Ausrüstung und der militärischen Strukturen der europäischen Bündnispartner zögen.

Der stellvertretende Generalsekretär der WEU, **Botschafter Dr. Wegener**, führte aus, dass bereits ein Rahmenabkommen zur Nutzung von NATO-Einrichtungen durch die WEU vereinbart worden sei. Unabhängig davon habe man innerhalb der WEU Verfahren zum Krisenmanagement ausgearbeitet, die nach seiner Einschätzung nach dem Europäischen Gipfeltreffen in Köln eingehend diskutiert würden. Sicher sei, dass die Ausprägung einer ESDI die Bildung eines europäischen Militärrates und die Einrichtung eines Lagezentrums notwendig machten. Im Übrigen werde die WEU ein Audit dazu durchführen, welche weiteren Maßnahmen im politischen, aber auch im militärischen Bereich zur Schaffung einer ESDI erforderlich seien.

Abg. **Campbell** (Vereinigtes Königreich) betonte, dass die Ausprägung einer ESDI auf keinen Fall zu einer Entkoppelung Europas von den transatlantischen Partnern führen oder vorhandene Entscheidungsstrukturen schwächen dürfe.

Abg. **Köse** (Türkei) wies auf den wichtigen Beitrag der Türkei zur NATO in den vergangenen Jahrzehnten hin. Sie müsse jetzt in die Schaffung einer ESDI miteinbezogen werden.

Abg. **Hefley** (Vereinigte Staaten) schilderte den Eindruck vieler Amerikaner, dass das europäische Engagement der Vereinigten Staaten lange genug gedauert habe. Dies, wie auch die Frage eines Lastenausgleichs zwischen Amerika und Europa im Hinblick auf die sicherheits- und verteidigungspolitischen Anstrengungen des Bündnisses, müsse im Rahmen der Diskussion um ESDI berücksichtigt werden.

Generalberichterstatter **Hoekema** (Niederlande) legte den Entwurf seines Berichtes zur NATO-Strategie sowie der Politik der NATO im Lichte des Kosovo-Konfliktes vor. Darin stellte er fest, dass die Intervention im Kosovo-Konflikt wohl die schwierigste, aber auch die überzeugendste Demonstration der Entschlossenheit des Bündnisses und seines Eintretens für den Schutz der Menschenrechte gewesen sei. Die NATO habe handeln müssen, weil der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen trotz einer drohenden humanitären Katastrophe zum Handeln nicht bereit gewesen sei.

Untersucht werden müsse allerdings, warum die erhofften Erfolge nicht oder jedenfalls nicht so schnell eingetreten seien. Ein wichtiger Aspekt dabei sei sicherlich die Tatsache, dass die 19 Bündnispartner militärischen Optionen nur auf der Grundlage eines minimierten Risikos für die eigenen Soldaten zugestimmt hätten. Mit der Strategie der angekündigten begrenzten Luftschläge habe man sich aber der klassischen Mittel einer erfolgversprechenden Kriegsführung wie Konzentration, Überraschung und Täuschung begeben. Dies habe natürlich auch Einfluss auf den Verlauf der Krise gehabt.

Festzuhalten bleibe, dass der Kosovo-Konflikt der erste Fall einer Intervention der internationalen Staatengemeinschaft zum Schutz der Rechte einer Minderheit vor innerstaatlicher Unterdrückung sei. Welche Bedeutung das für die internationale Politik und die Schaffung von Sicherheit und Stabilität in Europa habe, darüber müsse man vertieft diskutieren.

Der Chef des Stabes bei der NATO, General **Roman**, erklärte zur neuen NATO-Strategie, dass diese Ausdruck des politischen Konzeptes des Bündnisses sei. Aus der geplanten Aktualisierung sei eine Neuorientierung geworden, mit der versucht werde, die NATO auf die Zukunft einzustellen. Erhalten geblieben seien selbstverständlich die Eckpfeiler der Abschreckung und der kollektiven Verteidigung wie auch die Bedeutung der NATO als transatlantisches Konsultationsforum und ihr Ziel der Schaffung und Erhaltung von Sicherheit und Stabilität im euroatlantischen Raum. Dabei habe sich die Theorie vom strategischen Gleichgewicht allerdings überholt und dem Gedanken von Krisenprävention und Krisenmanagement Platz gemacht.

Einsätze wie die in Bosnien oder auch in Mazedonien und Albanien hätten deutlich gemacht, dass für die neuen Optionen auch neues Gerät erforderlich sei. Krisenmanagement und Krisenprävention beinhalte aber nicht nur militärische Optionen, sondern vor allem politische Initiativen und Gespräche, um das für Sicherheit und Stabilität notwendige gegenseitige Verständnis und Vertrauen zu schaffen. Er hoffe insoweit, dass das vor der Signierung der Mitarbeit Russlands in den NATO-Gremien gute Verhältnisse nach einer Lösung des Kosovo-Konfliktes wiederhergestellt werden könne.

Abg. **Tabladini** (Italien) erklärte, er könne die geäußerten Ansichten nicht durchweg teilen. Nach seiner Einschätzung werde in der Frage der Menschenrechtsverletzungen mit zweierlei Maß gemessen, sonst habe die internationale Staatengemeinschaft beispielsweise auch gegen China vorgehen müssen. Im Übrigen dürfe eine militärische Aktion nicht ohne Zustimmung der Vereinten Nationen eingeleitet werden. Schließlich habe man auch diplomatisch Fehler gemacht, denn wer Präsident Milosevic als einen Verbrecher bezeichne, der könne mit ihm nicht mehr politisch verhandeln.

Abg. **Bateman** (Vereinigte Staaten) entgegnete, dass die internationale Staatengemeinschaft handeln müsse. Wer sich zu militärischen Aktionen entschließe, der müsse aber auch bereit sein, die Konsequenzen daraus zu tragen. Das bedeute insbesondere, keine Option von vornherein auszuschließen.

Abg. **Godal** (Norwegen) forderte eine Verbesserung der Information der Öffentlichkeit über die Vorgänge im Kosovo und die Ziele und Maßnahmen des Bündnisses. Die Beobachtermission der OSZE sei trotz einer nicht

ausreichenden Anzahl von Beobachtern sinnvoll und hilfreich gewesen. Ein Ende der Luftschläge müsse in jedem Fall von der Erfüllung der von den G8-Staaten aufgestellten Forderungen für eine friedliche Lösung des Kosovo-Konfliktes abhängig gemacht werden.

Abg. **Quiles** (Frankreich) schloss sich dieser Auffassung an. Er rechne allerdings nicht damit, dass die begrenzten Luftschläge Belgrad zum Einlenken veranlassen könnten. Gebraucht werde eine Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, wobei er die dazu erforderliche Zustimmung Chinas für möglich halte. Das derzeitige Abstimmungsverfahren im Sicherheitsrat sei sicherlich nicht perfekt und müsse reformiert werden. Darüber hinaus habe der Kosovo-Konflikt gezeigt, dass es zurzeit noch nicht realistisch sei, von einer Verteidigungsautonomie Europas zu sprechen. Vorerst seien die Vereinigten Staaten von Amerika die einzige Macht, die Entscheidungen von internationaler Bedeutung treffen und auch durchsetzen könnten.

Abg. **Johnson Smith** (Vereinigtes Königreich) prophezeite, dass es keine europäische Armee, sondern nur eine vertiefte Zusammenarbeit der Bündnispartner in Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik geben werde.

Abg. **Peter Zumkley** (Bundesrepublik Deutschland) erinnerte daran, dass sich das Bündnis ganz bewusst für Luftschläge und gegen den Einsatz von Bodentruppen entschieden habe. Die guten Gründe, die seinerzeit für diese Entscheidung gesprochen hätten, würden auch weiterhin gelten. Im Deutschen Bundestag vertrete die ganz überwiegende Mehrheit der Abgeordneten nach wie vor die Auffassung, der Einsatz von Bodentruppen sei nur zur Implementierung eines entsprechenden Friedensabkommens sinnvoll. Im Übrigen danke er dem Generalberichterstatter dafür, dass er in seinem Bericht auch auf das Problem des Flüchtlingselends eingegangen sei. Der dramatische Anstieg der Flüchtlingszahlen gebe ihm Anlass, noch einmal an die Zusagen zur Aufnahme von Flüchtlingen zu erinnern und die Bündnispartner zu bitten, diesen Verpflichtungen auch nachzukommen. Dabei gehe es nicht darum, den Grundsatz der Hilfe vor Ort zu durchbrechen, sondern die vor Ort Hilfeleistenden zu entlasten. Die Flüchtlingslager in Mazedonien und Albanien seien bisher nicht einmal sommer- geschweige denn winterfest.

Abg. **Ozerow** (Russland) fragte, wie man angesichts der Luftschläge und des durch sie verursachten Leids und Elends von humanitären Grundsätzen der NATO sprechen könne. Erreicht hätten die Luftschläge nichts. Die NATO werde von vielen Russen wieder als Aggressor gesehen. Er selbst habe sich kritisch gefragt, ob die Position Russlands in diesem Konflikt vielleicht falsch sei, dabei aber festgestellt, dass die russische Position von vielen Ländern innerhalb der Interparlamentarischen

Union geteilt werde. Angesichts der Auswirkungen der Luftschläge sei die Erklärung der NATO, sie führe keinen Krieg gegen die Serben, sondern nur gegen Präsident Milosevic, wenig überzeugend. Russland empfehle, die Bombardements unverzüglich auszusetzen und wieder zu Verhandlungen überzugehen.

Abg. **Adamia** (Georgien) rief dazu auf, die ethnischen Säuberungen im Kosovo nicht zu dulden. Um sie zu stoppen und die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat zu ermöglichen, müsse die NATO ihre bisherige Strategie weiterverfolgen.

Im Anschluss an die Diskussion über die NATO-Politik und -Strategie im Lichte des Kosovo-Konfliktes berichtete Abg. **Rompkey** (Kanada) über die Situation in der russischen Region Kaliningrad. Er machte auf die schwierige wirtschaftliche Lage dieser Region aufmerksam und betonte die Notwendigkeit einer Transitverbindung zwischen Russland und Kaliningrad. Die polnischen Vertreter Abg. **Bielecki** (Polen) und Abg. **Pastusiak** (Polen) betonten, dass eine entsprechende Transitvereinbarung durchaus möglich sei. Eine solche Vereinbarung müsse sich aber an den international üblichen Bedingungen orientieren. Die dazu von russischer Seite gemachten Vorschläge könnten nicht akzeptiert werden. Im Übrigen müsse in dem Berichtsentwurf der Begriff „Korridor“ sowie die Landkarte zu den politischen Verhältnissen im Jahre 1991 korrigiert werden, weil beide den historischen Tatsachen und Entwicklungen nicht gerecht würden.

Als letzter berichtete Abg. **Ratiu** (Rumänien) über die rumänischen Streitkräfte und die demokratischen Reformen, die Rumänien seit dem Sturz des früheren Präsidenten Ceausescu durchgeführt habe. Abg. **Markus Meckel** (Bundesrepublik Deutschland) begrüßte diese Reformen ausdrücklich und unterstrich, dass man von einer weiteren Öffnung der NATO und der Europäischen Gemeinschaft nicht nur abstrakt sprechen dürfe, sondern auch einen konkreten Fahrplan vorlegen müsse. Er trete daher dafür ein, Rumänien eine klare Perspektive für den gewünschten Beitritt zur NATO zu geben. Abg. **Bereuter** (Vereinigte Staaten) erinnerte daran, dass sowohl der amerikanische Kongress als auch der Senat den Wunsch Rumäniens nach einem Beitritt zum Bündnis unterstützt habe.

Abschließend wählte der Ausschuss die Abg. **Azubalis** (Litauen) und **Maleev** (Russische Föderation) zu Co-Berichterstatern des Unterausschusses Sicherheit im Norden sowie den Abg. **Zayets** (Ukraine) zum Sonderberichterstatler.

Wirtschaftsausschuss

Der Wirtschaftsausschuss tagte am Samstag, dem 29. Mai 1999, unter dem Vorsitz des Abg. **van Gennip** (Niederlande).

Der Ausschuss behandelte den von dem Abg. **Helmiger** (Luxemburg) vorgelegten Entwurf eines Generalberichts über die „Finanzkrise in Asien und ihre Nachwirkungen“, den von dem Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) vorgelegten Tätigkeitsbericht des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ sowie die von Senator **Alierta** (Spanien) vorgelegten Zwischenberichte des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ über den „Finanziellen Zusammenbruch Russlands: Hintergrund, Auswirkungen und Lösungen“ und über die „Ökonomischen und strategischen Aussichten des kaspischen Energiemarktes“.

Vor dem Ausschuss sprachen als Gastredner **Krzysztof Ners** vom polnischen Finanzministerium in Warschau, **Dr. Wolfgang Reinicke** von der Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in Washington D.C., **Jean-Francois Maquet** von der Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (BERD) in London sowie **Tamás Novák** vom Weltwirtschaftsinstitut in Budapest.

Die Sitzung wurde von dem Vorsitzenden des Ausschusses, Abg. **van Gennip** (Niederlande), eröffnet. Er begrüßte die Delegationen Ungarns, Polens und Tschechiens, die erstmals als Vollmitglieder an einer Ausschusssitzung teilnahmen.

Der Unterstaatssekretär im polnischen Finanzministerium, **Krzysztof Ners**, berichtete über die Entwicklung Polens in den vergangenen zehn Jahren. Polen sei als erstes osteuropäisches Land in der Lage gewesen, das kommunistische Lager zu verlassen. Seitdem habe Polen eine konsequente Privatisierungspolitik und eine schrittweise Anpassung seiner Produkte an die Standards der westlichen Welt betrieben. Als Voraussetzung dafür nannte **Ners** die Schaffung eines gesetzlich fundierten institutionellen Rahmens und die Einführung einer zuverlässigen Bankenaufsicht. Ferner habe man die finanzielle Basis des Gesundheitswesens sowie das Bildungs- und Rentensystem reformiert. Weitere Privatisierungen seien vorgesehen. Dank seiner erfolgreichen Politik konnte Polen 1996 Mitglied der OSZE und 1999 Mitglied der NATO werden. Als drittes Ziel strebe Polen die Mitgliedschaft in der Europäischen Union an.

Auf die Fragen der Abg. **Bliley** (Vereinigte Staaten), **Cohen** (Vereinigtes Königreich), **Williams** (Vereinigtes Königreich), **Regula** (Vereinigte Staaten), des Senators **Alierta** (Spanien) und des Vorsitzenden **van Gennip** (Niederlande) erläuterte der Gastredner, dass die Danziger Werft an einen Privatmann verkauft worden sei. Die Datenumstellung der PC für das Jahr 2000 sei im Gange. Das Durchschnittseinkommen sei zufriedenstellend, das Rentensystem abgesichert und dort, wo die Umstrukturierung besonders große Umwälzungen mit sich gebracht habe, seien flankierende Programme aufgelegt worden. Der Telekommunikationsmarkt mache große

Fortschritte, bei den Verkehrswegen liege jedoch noch viel im Argen. Polen benötige zwar keine Kredite zur Finanzierung seines Haushaltsdefizits, aber Kapitalinvestitionen aus dem Ausland und die Mitfinanzierung von Umstrukturierungsprogrammen durch internationale Institutionen seien sehr willkommen. Die Regierung setze die Privatisierung der Kohle- und Stahlindustrie entschlossen fort. Auch habe Polen eine gut funktionierende Börse geschaffen. Für den Beitritt seines Landes zur Europäischen Union, der wunschgemäß 2005/2006 erfolgen sollte, seien nur noch in den Bereichen Umwelt und Landwirtschaft Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Als EU-Mitglied werde Polen für die Sicherung der Außengrenze der Europäischen Union verantwortlich sein, was Polen vor besondere Schwierigkeiten stelle.

Anstelle des Generalberichterstatters, Abg. **Helminger** (Luxemburg), legte der Vorsitzende **van Gennip** (Niederlande) den Entwurf eines Generalberichts über die „Finanzkrise in Asien und ihre Auswirkungen“ vor. Die Asienkrise habe als ein Verschuldungsproblem der Privatwirtschaft durch unregulierte Kapitalströme begonnen. Dank der Unterstützung des IWF hätten die Folgewirkungen abgefedert werden können. Dabei habe sich gezeigt, dass systematisch Instrumente zur Bewältigung größerer Finanzkrisen zur Verfügung stehen müssen. In dieser Situation seien Europa und die USA die sicheren Häfen der internationalen Finanzbeziehungen gewesen. Dies rechtfertige eine engere Zusammenarbeit zwischen den USA und Europa in einer Vielzahl von Währungs- und Handelsfragen. Darüber hinaus solle Japan auch ermutigt werden, eine wesentlich wichtigere Rolle bei der wirtschaftlichen Erholung in der Region zu spielen.

Anschließend erläuterte **Dr. Wolfgang Reinicke** von der internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in Washington D.C. die „Veränderte Rolle der Weltbank und des IWF in Folge der Asienkrise“. Bedingt durch die Asienkrise seien die letzten Jahre für die Weltbank turbulent gewesen. Zukünftig werde der IWF vermehrt auch mit ärmeren Ländern zusammenarbeiten. Die Globalisierung erzeuge Unruhe; territoriale Begrenzungen entfielen mehr und mehr und nicht nur Im- und Exporte überschritten Grenzen, sondern auch Vermögenswerte. Da die Wirtschaft keine nationalen Grenzen mehr kenne, beeinflussten Unternehmen die Souveränität von Staaten. Um diesen politischen Auswirkungen gegenzusteuern, seien die wirtschaftlichen Bedingungen an die Politik anzupassen. Durch Interdependenz und Globalisierung würden auch neue Sicherheitsanforderungen gestellt. Diese Aufgabe könne nur durch Einbeziehung gelöst werden. Es sei daher unbedingt notwendig, Russland kontinuierlich an die NATO zu binden. Es sollte eine gemeinsame Linie für globale Politik und Globalisierung gefunden werden. Abschliessend regte **Dr. Reinicke** an, sich intensiver mit den globalen, politischen Systemen zu beschäftigen.

Der Vorsitzende **van Gennip** (Niederlande) bemerkte, dass die alten politischen Muster nicht mehr passten. Die Niederlande beteiligten sich zwar auch an der Interdependenz, festzustellen sei aber gleichzeitig eine Rückbesinnung auf alte Werte. Abg. **Billey** (Vereinigte Staaten) erinnerte daran, dass die Weltbank immer sehr großzügig helfe. Der Gastredner sagte hierzu, dass in den letzten Jahren angemessene Rahmenbedingungen geschaffen worden seien. Zur Zeit investiere die Industrie aber nur kurzfristig. Senator **Terracini** (Italien) verließ seinem Unbehagen über den Rahmen der Internationalisierung und Aushöhlung der Souveränität Ausdruck. Dazu bemerkte er, dass die Themen Kriminalität und Arbeitslosigkeit bislang ausgeklammert worden seien. Der Gastredner bestätigte, dass die Geldwäsche Wirtschaft und Politik gleichermaßen bedrohe. Es sei sehr schwierig, hier eine wirksame Kontrolle auszuüben. Abg. **Williams** (Vereinigtes Königreich) wies darauf hin, dass es eine Diskrepanz zwischen volkswirtschaftlichem und politischem Handeln gebe. Dies sei für einen Politiker eine deprimierende Erkenntnis, die man wohl hinnehmen müsse, was **Dr. Reinicke** nur bestätigen konnte. Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) stellte fest, es dürfe nur eine demokratiestärkende Lösung geben. Bei Geld- und Handelsfragen komme dem IWF und der Weltbank eine wesentliche Rolle zu. Für Stabilisierungsmaßnahmen fehle jedoch das nötige Geld. Abhilfe schaffen ließe sich vielleicht durch eine Steuer auf kurzfristige Finanzströme. Dazu bemerkte der Gastredner, der Technologietransfer zwischen den USA und Europa bilde den Kern der Weltwirtschaft. Im Übrigen erinnerte er die Abgeordneten daran, dass sie im Sicherheitsbereich Pionierarbeit leisteten. Daraus könne ein solides Fundament entstehen, worauf Demokratie aufbauen könne. Als Reaktion auf die letzte Frage lehnte **Dr. Reinicke** eine Steuer auf kurzfristige Investitionen ab.

Der Bericht des Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) über die Aktivitäten des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ im Jahre 1999 wurde von den Ausschussmitgliedern ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Senator **Alierta** (Spanien) erläuterte seinen Entwurf eines Zwischenberichts „Der finanzielle Zusammenbruch Russlands: Hintergrund, Auswirkungen und Lösungen“. Es gebe eine Reihe von Gründen, warum westliche Parlamentarier sich mit Russland zu befassen hätten. Die russische Wirtschaft stagniere und sei brüchig; es gebe eine Kapitalflucht. Jeder Versuch der wirtschaftlichen Liberalisierung rufe erbitterte Widerstände hervor, sodass politische Maßnahmen nur schwer griffen. Demzufolge sei eine wirtschaftliche Gesundung noch nicht gelungen. Angesichts dieser Schwäche seien die Bedingungen des IWF hart. Erschwerend komme hinzu, dass kriminelle Kreise die Maßnahmen unterminierten. In Russland sei es populär, so weiterzumachen wie bisher. Das Land habe aus heutiger Sicht keine vielversprechende Zukunft.

Anschließend erläuterte **Jean-François Maquet** von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in London die „Haltung der BERD zur russischen Wirtschaftskrise“. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sei der größte Investor in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Dort seien marktorientierte, komplexe, institutionelle und finanzielle Reformen die Herausforderung der nächsten Jahre. Zum Beispiel in Russland sei das eigentliche Problem die Unrentabilität der Unternehmen. Durch die Finanzierung von Defiziten mit ausländischem Kapital sei das Bankensystem so instabil geworden, dass die Regierung ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen könne. Sämtliche russische Banken seien zahlungsunfähig und arbeiteten unwirtschaftlich, sodass sich die Krise 1998 weiter vertieft habe. Die BERD habe das Mandat, in Russland den Übergang zu einer freien Marktwirtschaft zu gestalten. Es werde länger dauern als vorhergesagt, da die Investitionsaktivitäten deutlich nachgelassen hätten.

Der Gastredner beantwortete die Fragen von Senator **Terracini** (Italien) zur Gründung vieler neuer Banken; des Vorsitzenden **van Gennip** (Niederlande) zur Hilfe für kleinere Unternehmen, zur Finanzierung von Agrarkrediten und zur Hilfe westlicher Regierungen, von Senator **Alierta** (Spanien) zu Maßnahmen für eine Gesundung der Banken und des Abg. **Poznanski** (Polen) zu Investitionsbanken im russischen Bankensystem. **Jean-François Maquet** erinnerte daran, dass auch Eingeweihte von dem Ausmaß des Bankenzusammenbruchs überrascht worden seien. Über eine spezielle Bank würde die bisherige erfolgreiche Vergabe von Krediten an kleine Unternehmen geregelt. Die BERD fördere eher industriell orientierte Agrarunternehmen und versuche, das Investitionsklima zu verbessern und Einfluss auf die Moral der Unternehmen zu nehmen. Vor der Kreditvergabe würde in Zweifelsfällen immer die Kreditwürdigkeit geprüft. Es gebe zwar russische Investitionsbanken, die zur Kreditgewährung bereit seien, diese Investitionsfonds zeigten bisher jedoch nur mäßigen Erfolg. Abschließend dankte der Gastredner den EU- und G7-Staaten für die finanzielle Ausstattung der Fonds.

Senator **Alierta** (Spanien) stellte die Ergebnisse seines Berichts zu den „Ökonomischen und strategischen Hindernissen des kaspischen Energiemarktes“ vor. Die kaspische Region werde immer wichtiger, sie sei jedoch sehr instabil und unsicher, sozusagen als Vermächtnis sowjetischer Misswirtschaft. Grenzüberschreitende ethnische und religiöse Konflikte heizten die Instabilität an. Dazu kämen die z. z. spektakulär niedrigen Ölpreise, mit denen die hohen Kosten für die Pipelines nicht gedeckt werden könnten. Die großen Ölfirmen seien sich der ökonomischen und politischen Risiken sehr wohl bewusst und investierten deshalb vorsichtig. Dies stehe aber dem schnellen Aufbau eines Energiemarktes entgegen. Es sei wichtig, funktionierende demokratische Strukturen zu schaffen und die Regierungen zu stärken

Hilfe aus dem Westen zur Bekämpfung der Armut sei nötig.

Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) fragte nach der dritten Pipeline. Senator **Alierta** (Spanien) entgegnete, dass diese Leitung vom wirtschaftlichen Standpunkt aus sehr teuer würde, die USA und die Türkei sie aber befürworteten. Durch die große Entfernung zur kaspischen Region dränge besonders Aserbaidschan auf hohe Sicherheitsstandards. Weiterhin bestünden größte Bedenken zur Verlegung der Leitung durch den Iran. Auch sei das Problem der Korruption in dieser Region allgegenwärtig. Senator **Loretto** (Italien) schlug vor, die Anstrengungen um Lösungsmöglichkeiten zu verstärken. Der Berichterstatter befürwortete dies. Allerdings solle vermieden werden, ethnische Konflikte mit kriegerischen Mitteln zu lösen.

Der Gastredner **Maquet** gab die von der Senatorin **Cochrane** (Kanada) erbetene Beurteilung zur Situation Georgiens. Durch die besondere Lage gebe es hier ein Problem der Isolation zwischen rivalisierenden Gruppen. Zum Beispiel pflege Armenien seine Freundschaft zu Russland, Aserbaidschan dagegen unterhalte enge Beziehungen zur Türkei und auch der Norden Georgiens sei eher gegen Russland eingestellt.

Der Vorsitzende **van Gennip** (Niederlande) schlug vor, das Thema weiter zu diskutieren und die Ergebnisse in eine Empfehlung einmünden zu lassen.

Als letzter Gastredner berichtete **Tamás Novák** vom Weltwirtschaftsinstitut in Budapest über die „Wirtschaft in den Ländern Südosteuropas: Haben sie eine Zukunft?“. Die Regierungen der südosteuropäischen Staaten standen schon in den vergangenen Jahren unter ungünstigen wirtschaftlichen Vorzeichen. Der Kosovo-Krieg beeinträchtigte zusätzlich das rückläufige Wirtschaftswachstum. Die Haushaltssituation aller Balkanländer verschlechterte sich rapide, davon sei auch der Bankensektor nicht ausgenommen. Regionaler Handel finde nur illegal auf dem Schwarzmarkt statt. Investoren mieden die südosteuropäischen Staaten. IWF und Weltbank versuchten, hier zu stabilisieren. Es könne jedoch weiterhin jederzeit zu ernststen Konflikten in diesem ethnisch gemischten Gebiet kommen. Eher unwahrscheinlich sei, hier im Moment mit politischer Stabilität zu rechnen. Sonderbeziehungen zwischen dem Balkan und der Europäischen Union wären hilfreich. Voraussetzung für eine wirtschaftliche Entwicklung sei eine politische Zusammenarbeit.

Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) wies auf die enormen Kriegskosten und die eventuell wieder notwendig werdenden Sanktionen hin. Der **Vorsitzende** unterstrich, dass der Zusammenbruch des russischen Marktes eine Katastrophe für die Länder des Ostens gewesen sei. Senator **Alierta** (Spanien) erwähnte die historischen Handelswege auf dem Balkan. Es sei nicht einmal der

Versuch unternommen worden, diese Verbindungen auszubauen, zumal der Balkan eigentlich auch der natürliche naheliegende Absatzmarkt für die kaspische Region sei. Der Gastredner erläuterte dazu, dass außer unter türkischer Herrschaft der Balkan niemals ein in sich gewachsener Absatzmarkt gewesen sei. Vielmehr habe die Region auch z.Z. des COMECON Sanktionen hinnehmen müssen. Kein einziges Balkanland sei an einer Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn interessiert gewesen. Selbst vorsichtige Ansätze konnten wegen politischer Instabilität, sozialer Unruhe und eines unzureichenden Rechtsrahmens nicht umgesetzt werden.

Der Vorsitzende **van Gennip** (Niederlande) teilte mit, dass die in Edinburgh vom Wirtschaftsausschuss verabschiedete Entschließung 282 zur russischen Wirtschaft vom NATO-Generalsekretär eingehend kommentiert worden sei. Die Überlegungen des Ausschusses würden in die NATO-Resolution eingehen. In diesem Zusammenhang betonte der Sekretär des Ausschusses, **Paul Cook**, dass der NATO-Generalsekretär bereit sei, der russischen Wirtschaft so weit es gehe zu helfen.

Im Anschluss daran wurde Senator Rocco **Loretto** (Italien) zum stellvertretenden Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses gewählt.

Der **Vorsitzende** (Niederlande) schloss die Sitzung mit einem Dank an die polnischen Gastgeber für die Ausrichtung der Frühjahrstagung und an die Ausschussmitglieder für ihre Mitarbeit.

Ausschuss für Wissenschaft und Technologie

Der Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie, Abg. **Boehlert** (Vereinigte Staaten), eröffnete die Sitzung am 28. Mai 1999 und bat als ersten Redner den polnischen Umweltminister **Jan Szyszko** über die ökologische Situation in seinem Land zu referieren.

Zu Beginn seiner Ausführungen äußerte **Szyszko** seine Besorgnis über den Rückgang der biologischen Vielfalt, die im nächsten Jahrhundert zu gravierenden Umweltschäden und damit auch gesellschaftlichen Konflikten führen könne. Positiv bewertete der polnische Umweltminister in diesem Zusammenhang hingegen den auch Umweltfragen umfassenden Sicherheitsansatz der NATO, die mit speziellen Wissenschaftsprogrammen den Erhalt und Schutz der Umwelt aktiv unterstütze.

Als Folge von umweltschädigender industrieller und bergbaulicher Nutzung seien in Polen einige Gebiete ökologisch stark verseucht. Demgegenüber weise Polen große zusammenhängende Waldgebiete aus, die seltenen Spezies aus der Tier- und Pflanzenwelt Nischen böten. Zur Beseitigung der Folgeschäden einer Waldbrandkatastrophe im Jahre 1992 und der Überschwemmungen, die

1995 schwere Schäden verursachten, habe die Weltbank Polen Kredite zur Verfügung gestellt.

Abschließend unterstrich **Szyszko**, dass Polen eine nachhaltige Entwicklung unterstütze und die NATO als ein geeignetes Forum für die Diskussion von Umweltproblemen betrachte. In der folgenden Fragerunde erkundigte sich Abg. **Nolin** (Kanada) danach, wem in Polen die Umweltverträglichkeitsprüfung von Projekten und Industrieansiedlungen obliege. **Szyszko** entgegnete darauf, bei Militärvorhaben habe eine staatliche Behörde diese Frage vorab zu klären. Abg. **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich) bat um Auskunft darüber, inwiefern umweltschädigende Maßnahmen oder Einrichtungen anderer Länder in Polen Besorgnisse erweckten. In seiner Antwort nannte **Szyszko** die ehemaligen russischen Militärstützpunkte.

Danach fasste der Vorsitzende des Unterausschusses „Weiterverbreitung von Militärtechnologie“, Abg. **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich), die Antwortschreiben auf die Entschließung 285 der Parlamentarischen Versammlung der NATO betreffend Nukleare Sicherheit zusammen und erbat die noch ausstehenden Antworten bis zur Herbsttagung der Versammlung in Amsterdam. In diesem Zusammenhang schlug **Sir Peter Emery** einen Besuch des Unterausschusses bei der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) in Wien vor. Der Ausschussvorsitzende Abg. **Boehlert** (Vereinigte Staaten) bat ebenso wie Abg. **Pinggera** (Italien) um konkrete Angaben darüber, welches Land gezielte Maßnahmen zur Reaktorsicherheit ergriffen habe. Dazu erläuterte Abg. **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich), die IAEA beobachte derzeit 13 bis 15 Atommeiler, übe jedoch äußerste Zurückhaltung bei der Veröffentlichung konkreter Zahlen.

Als nächster fasste Generalberichterstatter Abg. **Ehlers** (Vereinigte Staaten) seinen Bericht „Informationskriegsführung und internationale Sicherheit“ zusammen.

Parallel mit der zunehmenden IT-Abhängigkeit wachse die Anfälligkeit dieser lebenswichtigen Strukturen für Angriffe und Störungen von außen. So sehr die Meinungen über das Ausmaß der Bedrohung auch divergieren mögen, Maßnahmen zum Schutz der IT-Systeme seien allemal erforderlich. In die Gefährdungsanalyse sollten neben Regierungsbeamten und IT-Experten auch Vertreter der Nachrichtendienste einbezogen werden. Als begleitende Maßnahme empfahl Abg. **Ehlers** eine stärkere Vernetzung zwischen Staat und Privatwirtschaft. Im militärischen Bereich sollten es sich die Streitkräfte der NATO zur Aufgabe machen, Programme zur Informationskriegsführung sinnvoll in die allgemeine Verteidigungspolitik zu integrieren.

Abg. **Clark** (Vereinigtes Königreich) eröffnete die Diskussion mit der Feststellung, dass die USA den anderen

Verbündeten in diesem Bereich weit voraus seien und bat um Auskunft über den Stellenwert der Informationskriegsführung innerhalb der neuen Rolle der NATO. Abg. **Ehlers** (Vereinigte Staaten) warb bei seinen Ausschusskollegen darum, den Technologierückstand gegenüber den USA abzubauen; dann erst könne die Informationskriegsführung innerhalb der NATO-Strategie angemessen gewichtet werden. In die gleiche Richtung zielte der Hinweis von Abg. **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich), dass angesichts der führenden Rolle von US-amerikanischen Softwarefirmen eine engere internationale Zusammenarbeit von gegenseitigem Nutzen wäre.

Abg. **Kerdröon** (Frankreich) bewertete die Vorreiterrolle eines einzelnen Landes als abträglich und plädierte in diesem Zusammenhang für eine internationale Aufgabenteilung. Dieser Auffassung pflichtete Abg. **Ehlers** (Vereinigte Staaten) ausdrücklich bei.

Im weiteren Verlauf der Sitzung skizzierte der Leiter des in Neu-Delhi ansässigen Instituts für Verteidigungsstudien, **Dr. Jasjit Singh**, Indiens Nuklearpolitik.

1998 habe Indien einen Nukleartest mit der Absicht durchgeführt, im Ernstfall einen Angriff durch einen anderen Atomwaffenstaat abschrecken zu können. Dabei spiele China als drittstärkste Atommacht, größter Weiterverbreiter von Massenvernichtungswaffen und als strategisch unberechenbarer „global player“ eine entscheidende Rolle.

Zugleich hätten sich die Aussichten auf eine weltweite Abschaffung von Nuklearwaffen verdüstert. Indien sehe keinen Anlass, dabei eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Indien gehöre zu den fünf Staaten, die dem Nichtweiterverbreitungsvertrag (NPT) nicht beigetreten sind, und habe somit den Vertrag nicht verletzt.

Nach dem erfolgreichen Atomtest verfolge Indien weiterhin die nachstehenden Ziele: vollständige Abschaffung von Nuklearwaffen, internationale Zusammenarbeit bei der Rüstungskontrolle und strategische Stabilität. Bestimmend für Indiens Nuklearpolitik sei eine minimale glaubwürdige Abschreckung, der Verzicht auf einen Ersteininsatz von Atomwaffen, wohl aber atomare Vergeltung.

Nachdrücklich kritisierte Abg. **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich) die Haltung Indiens und die einseitige Darstellung des Referenten, der in seiner Erwiderung auf Indiens Recht auf Selbstverteidigung hinwies, und im Übrigen daran erinnerte, dass er Indiens Haltung habe erläutern sollen.

Auf den Einwand des Abg. **Kerdröon** (Frankreich), wer akzeptiere, dass Indien Nuklearwaffen besitzt, müsse dies angesichts des weltweit wachsenden Fanatismus auch anderen Ländern konzedieren, erwiderte **Dr. Singh**, gerade dieser Einwand bestätige die Fragilität des NPT.

Dr. Singh vertrat die Auffassung, dass Nuklearwaffen den Weltfrieden aufrechterhalten hätten und auch zukünftig dazu erforderlich sein werden.

Abg. **Mates** (Vereinigtes Königreich) gab einen Überblick über seinen Zwischenbericht „Biologische Waffen: Bedrohung für das nächste Jahrhundert?“ In der Quintessenz plädierte der Berichterstatter für eine Konvention über biologische Waffen in Anlehnung an die Konvention für chemische Waffen, die als Grundlage sehr geeignet sei. Zur Überwachung der künftigen B-Waffen-Konvention müsse eine kleine schlagkräftige Organisation aufgebaut werden.

Skeptischer zeigte sich Abg. **Mates** bei dem Einsatz biologischer Waffen durch Terroristen, wie der Anschlag auf die Tokioter U-Bahn deutlich vor Augen geführt habe. Weil es keinen 100%igen Schutz geben könne, gehöre die geheimdienstliche Aufklärung und ein Informationsaustausch zwischen den zuständigen Stellen zu dem A und O einer antiterroristischen Strategie. Der Zwischenbericht wurde ohne Aussprache vom Ausschuss angenommen.

Abg. **Gherman** (Rumänien) fasste den Sonderbericht „Natur- und technisch bedingte Katastrophen - Risikoeinschätzung und -management“ zusammen. Im Resümee sei eine exakte Risikoabschätzung die Grundvoraussetzung für nationales und regionales Risikomanagement. Derzeit beschäftigten sich ausschließlich Wissenschaftler mit Katastrophen und deren Auswirkungen. Was die ethischen und juristischen Aspekte anbetreffe, aber auch im Hinblick auf die Ausgewogenheit zwischen Sicherheitsmaßnahmen, technischem Fortschritt und katastrophenbedingte Kosten, seien eindeutig politische Vorgaben erforderlich. Noch fehle eine Koordinierung der unterschiedlichen Ebenen; nur aufeinander abgestimmte Sicherheitsstrategien könnten verhindern, dass aus einem Risiko eine Bedrohung und daraus letztlich eine Krise erwachse. Mit der Schaffung des Euroatlantischen Koordinierungszentrums für Katastrophenhilfe („Euro-Atlantic Disaster Response Co-ordination Centre“) habe die Parlamentarische Versammlung der NATO im Jahr 1998 als erste Institution eine Initiative ergriffen, und der Berichterstatter empfahl sowohl dem Politischen Ausschuss wie auch dem Ausschuss für Wissenschaft und Technologie, sich in regelmäßigen Abständen mit diesem wichtigen Thema zu befassen.

Ausschuss für Zivile Angelegenheiten

Der Ausschuss für Zivile Angelegenheiten tagte am Freitag, dem 28. Mai 1999 unter der Leitung des Vorsitzenden, Senator **Gian Giacomo Migone** (Italien). Die Sitzung, während der nicht nur der Generalbericht des Ausschusses und der Bericht des Unterausschusses für Zivile Sicherheit und Kooperation in Europa vorgestellt und diskutiert wurden, sondern auch mehrere Gastredner

referierten, stand ganz im Zeichen der Krise im Kosovo, ihrer Entstehung, der Bemühungen um ihre Lösung sowie möglicher Lehren, die man aus ihr ziehen könnte.

Zunächst stellte Abg. **Chauveau** (Frankreich) den Entwurf eines Zwischenberichts zum Thema „Konfliktmanagement in Europa: Der Fall Kosovo“ vor. Der Bericht sei als Analyse zu verstehen, welche Lehren man aus dem Umgang mit dem Konflikt im Kosovo ziehen sollte. Durch die Krise im Kosovo sei insbesondere die Fähigkeit der bestehenden internationalen Institutionen, wie der Vereinten Nationen, der NATO, der OSZE und der Europäischen Union zum Krisenmanagement in Frage gestellt worden. Man müsse sich fragen, ob die Tatsache, dass die Kontaktgruppe eine derart zentrale Rolle bei den Verhandlungen gespielt habe, als positive oder eher als zweifelhafte Entwicklung beurteilt werden müsse. Das Problem der Koordination von Institutionen sei im Bereich der Hilfeleistungen für Flüchtlinge leider allzu offensichtlich geworden, stelle sich jedoch auch in anderen Bereichen wie beispielsweise der Koordinierung des diplomatischen Verhandlungsprozesses und des Einsatzes von militärischer Gewalt. Schließlich müsse über die Drohung mit und den Einsatz von Gewalt nachgedacht werden. Die Vereinigten Staaten seien sowohl bei der inhaltlichen Vorbereitung des Rambouillet-Abkommens als auch beim Aufbau der militärischen Drohung, die den Verhandlungsprozess begleitete, federführend gewesen. Beispielsweise hätten die Vereinigten Staaten bereits im Januar 1999 für ein militärisches Eingreifen plädiert, während die meisten Europäer zu diesem Zeitpunkt noch eine Fortführung des diplomatischen Prozesses bevorzugt hätten. Die Europäer hätten bei der Bewältigung der Krise im Kosovo sicherlich eine bedeutendere Rolle gespielt als noch im Bosnien-Konflikt. Gleichwohl könne man noch nicht von einer echten gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäer sprechen. Zwar seien 55 % der an den Luftschlägen beteiligten Flugzeuge europäischer Herkunft gewesen. Die Europäer hätten jedoch weder über die Cruise-Missiles-Raketen noch über die Stealth-Bomber verfügt, die für eine gezielte Kriegsführung unerlässlich seien. Darüber hinaus hätten die Europäer sich in ganz erheblichem Ausmaß auf die Aufklärungskapazitäten der Amerikaner verlassen müssen. Ein bedeutender Schritt im Rahmen des europäischen Einsatzes sei die uneingeschränkte Teilnahme Deutschlands an den NATO-Einsätzen gewesen. Dennoch sei deutlich Zutage getreten, dass die Europäer sehr viel bereitwilliger Einsätze im Rahmen der WEU-Petersberg-Aufgaben ausführten, als sich an echten Kampfeinsätzen zu beteiligen.

Die Rolle, die Russland im Verlauf der Krise gespielt habe, sei geprägt von der kulturellen und historischen Affinität zum serbischen Volk. Zunächst habe Russland hieraus Vorteile ziehen können, weil es Zugeständnisse der serbischen Seite habe erwirken können, die westlichen Mächten nicht zugestanden worden wären. Die Situation

Russlands sei jedoch zusehends schwieriger geworden, je mehr sich die NATO als zentrale Institution der Krisenbewältigung herauskristallisiert habe. Russlands harsche Reaktion sei auch damit zu erklären, dass es aus russischer Sicht offenbar darum ging, mit dem soeben neu definierten strategischen Konzept der NATO den Vereinigten Staaten den Ausbau ihrer Rolle als „Weltpolizist“ zu ermöglichen. So sei die inzwischen erfolgte Suspendierung der Mitarbeit Russlands in den NATO-Gremien nicht verwunderlich. Das komplizierte Geflecht der Kooperation, ohne das es auf dem europäischen Kontinent keine echte Sicherheit geben könne, gelte es nach Beendigung der Kosovo-Krise zu reetablieren.

Für die Allianz seien in den kommenden Monaten folgende Fragen zu klären: Unter welchen Bedingungen die Allianz außerhalb des Territoriums ihrer Mitgliedstaaten intervenieren könne, wie die zukünftige Erweiterungsstrategie der NATO zu gestalten sei, insbesondere im Hinblick auf die Frage, welche Staaten Südosteuropas in die NATO miteinbezogen werden könnten, wie die Beziehungen zwischen der NATO und Russland verbessert werden könnten und schließlich wie die politischen und militärischen Bedingungen für die Entwicklung einer echten europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität zu schaffen seien. Während die OSZE sich im Großen und Ganzen als ungeeignet für die Lösung eines größeren Konfliktes erwiesen habe, sei die Kontaktgruppe als äußerst flexibles Instrument der Krisenbewältigung hervorzuheben, in dem die drei Säulen der europäischen Sicherheit, die Vereinigten Staaten und Russland zusammengewirkt hätten. Festzuhalten sei, dass die Entscheidungen der Kontaktgruppe vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen akzeptiert worden seien. Abg. **van Eekelen** (Niederlande) habe schon im Jahre 1998 in seinem Bericht eine dauerhafte Koordination zwischen NATO und zivilen Institutionen wie dem Hohen Repräsentanten für Flüchtlinge und der EU verlangt. Diese interinstitutionelle Zusammenarbeit sei leider immer noch nicht realisiert.

Auf die Frage des Abg. **Turp** (Kanada) nach der Zukunft der Kontaktgruppe im Hinblick auf die Krise in Südosteuropa und auf ihre Stellung zu den etablierten internationalen Organisationen antwortete Abg. Chauveau, dass die Kontaktgruppe während der Verhandlungen in Rambouillet kurzfristig Erörterungen ermöglicht habe, an denen Russland gleichberechtigt teilgenommen habe. Gleichwohl dürften die Staaten, die nicht Mitglied der Kontaktgruppe waren, durch die Bildung eines solchen Forums nicht isoliert werden. Insofern sollte von Fall zu Fall über die Ausgestaltung derartiger Foren entschieden werden.

Abg. **Beyreli** (Türkei) betonte, dass sich im Kosovo derzeit die schlimmste humanitäre Katastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg ereigne. Da es eine nationale Minderheit von Türken im Kosovo gebe, forderte er, die Türkei an jeglichen Friedensverhandlungen zu beteiligen. Zu vermeiden sei jedoch die Bildung eines unabhängigen Kosovo.

Auf die Frage, welche Beziehungen die NATO zu den Vereinten Nationen unterhalten solle, antwortete der Berichterstatter, dass im Hinblick auf die institutionelle Verknüpfung der Organisationen noch großer Handlungsbedarf bestehe. Was jedoch das Verhältnis zwischen Politik und militärischem Engagement angehe, sei es Sache des Militärs, Krieg zu führen, und Sache der Politik, Entscheidungen zu treffen. Der Begriff „NATO-Politik“ sei daher irreführend und falsch.

Freimut Duve (Bundesrepublik Deutschland), Sonderbeauftragter der OSZE für die Freiheit der Medien, betonte in seinem Bericht über seine Arbeit, dass Parlamenten und interparlamentarischen Organisationen in Kriegzeiten besondere Bedeutung zukomme. Denn im Krieg werde jede dem Gegner beipflichtende Aufforderung als Meinung eines Feindes dargestellt. Nur gefestigte Demokratien könnten gewährleisten, dass dieses Feindkonzept nicht Platz greifen könne. Aufgabe des Sonderbeauftragten sei es, die Grundrechte der Journalisten und Medienvertreter zu schützen. Zum anderen gelte es sicherzustellen, dass die Journalisten in die Lage versetzt würden, ihre Korrekturfunktion auszuüben. So hätte beispielsweise die Katastrophe von Tschernobyl vermieden werden können, wenn die Medien in der Lage gewesen wären, offen über die Schwierigkeiten des Kraftwerks zu berichten, die sowjetischen Wissenschaftlern bekannt gewesen seien, jedoch in der Sowjetunion nicht hatten veröffentlicht werden dürfen. Bei der Kontaktpflege mit den Regierungen der OSZE-Mitgliedstaaten komme ihm zugute, dass er damals einstimmig von allen 54 Außenministern ernannt worden sei. Sobald er von Nichtregierungsorganisationen auf Missstände in einem Mitgliedsland aufmerksam gemacht werde, wende er sich an die entsprechende Regierung. Äußere die Regierung sich auch nach zweimaliger Mahnung nicht, so informiere er den Ständigen Rat der OSZE, der wöchentlich zusammenkomme. Oftmals stellten die Regierungen die kritisierte Situation ab. Vielfach müsse er jedoch in der Sache weiter ermitteln. So habe die ukrainische Regierung behauptet, dass es in der Ukraine keine Zensur gebe. Aufgrund von Hinweisen, die ihm von einheimischen Journalisten zugeleitet worden seien, sei es ihm jedoch gelungen, Zensoren bei der Arbeit anzutreffen. Neben solchen direkten Formen der Zensur gebe es vielfach eine Art indirekter Zensur. So würde die Presse in vielen russischen Städten dadurch indirekt kontrolliert, dass die Mieten städtischer Büros für bevorzugte Presseorgane niedrig gehalten würden, während unliebsame Presseorgane auf dem Weg über die Forderung überhöhter Mieten aus der Stadt verdrängt würden. Eine andere, ebenfalls verbreitete Art der Zensur sei die zentralisierte Verteilung von Papier bzw. die künstliche Verknappung von Druckereikapazitäten. Selbst die schlimmste Form der Zensur, die des Journalistenmords, komme immer wieder in den unterschiedlichsten Staaten vor.

Im Sommer 1998 habe er dem Regime Milosevic vorgehalten, dass Tito für die jugoslawische Republik die

Helsinki-Akte unterzeichnet habe. Die damals schon zu beklagende Haltung der Regierung gegenüber der Presse sei eine „Kriegserklärung gegenüber den Medien“ gewesen und habe den Vereinbarungen von Helsinki widersprochen. Insbesondere das im Herbst 1998 in Kraft gesetzte Gesetz über die Presse und die Medien, das bei nur fünf Gegenstimmen im Parlament verabschiedet worden sei, verstoße gegen sämtliche Grundsätze der Pressefreiheit. So könne die dortige Regierung mit praktisch jeder beliebigen Begründung gegen die Medien vorgehen. Zuletzt habe er sich mit jungen Journalisten in Serbien getroffen. Besonders beeindruckt sei er vom Radiosender Radio B 92 gewesen, dem die weitere Berichterstattung behördlich untersagt worden sei. Oppositionelle Journalisten müssten sich inzwischen verstecken oder seien ins Exil gegangen. In den Flüchtlingslagern in der früheren jugoslawischen Republik Mazedonien fanden jedoch Treffen zwischen serbischen und albanischen Journalisten sowie Schriftstellern statt. In dieser Situation sei es von größter Bedeutung, die Aufmerksamkeit der Menschen in der Region von der Vergangenheit, von der allein her sie ihre Gegenwart definierten, auf die Zukunft zu wenden, die es aktiv zu gestalten gelte. Ethnische Konflikte in Europa könnten nur dadurch vermieden werden, dass man es nicht zulasse, dass Staaten sich allein an ethnischen Grenzziehungen orientierten. Schließlich lebten beispielsweise in Deutschland mehrere Millionen Türken, in Frankreich viele Millionen Araber und in Norwegen Tausende von Vietnamesen.

Abg. **Moja** (Spanien) fragte, wie gut die serbische Gesellschaft über die Ereignisse im Kosovo vor Ausbruch der Kriegshandlungen tatsächlich informiert gewesen sei. **Duve** erinnerte daran, es auch während des Zweiten Weltkrieges alternative Informationsquellen gegeben habe. Dies habe aber weder damals in Deutschland noch heute in Serbien bedeutet, dass die Menschen diese bestehenden Informationskanäle auch tatsächlich nutzten. Tatsache sei, dass die realen Zerstörungen in ihrer direkten Umgebung die Menschen immer sehr viel mehr bewegten als Informationen über das Verhalten ihres Führers, das dieser zu solchen Reaktionen möglicherweise gemacht habe.

Abg. **Chauveau** (Frankreich) erkundigte sich nach der Bedeutung des Bildes für die Berichterstattung. Ein spanischer Journalist habe ihm einmal erzählt, dass er einen Bericht, zu dem er keinerlei Bildmaterial habe, schlicht und einfach nicht weiterverfolge. Hierzu berichtete **Freimut Duve**, dass der Gebrauch von Kameras in Serbien derzeit extrem streng reglementiert sei. Zwar seien einige Journalisten noch in der Lage, Bildmaterial zu produzieren, doch würden die Bilder ausgesucht und zensiert. Duve betonte daher, dass schriftliche Berichterstattung nicht nur eindringlicher, sondern auch verlässlicher sei. Zu begrüßen sei, so Duve, dass die westlichen Medienvertreter inzwischen gelernt hätten, mit der Kriegssituation umzugehen. Während noch 1994 in Bosnien vergewaltigte Moslemfrauen fotografiert und gefilmt worden seien, hätten

die Journalisten inzwischen verstanden, wie schädlich die Abbildung von Gesichtern und die Nennung von Namen für die gesellschaftliche Stellung der Opfer sei.

Abg. **Lenic** (Slowenien) verwies darauf, dass in einigen der früheren kommunistischen Staaten die Selbstzensur noch relativ weit verbreitet sei. Denn in diesen Ländern seien die Journalisten früher Mitglieder der staatlichen Verwaltung gewesen, was sich nicht so ohne weiteres ablegen lasse.

Der Botschafter Österreichs in Belgrad und EU-Vertreter in den Kosovo-Verhandlungen, **Wolfgang Petritsch**, legte dar, warum die diplomatischen Bemühungen fehlgeschlagen seien und ob militärisches Eingreifen im Kosovo hätte verhindert werden können. Hierzu erinnerte der Botschafter zunächst an den langen Weg, der bis zur Intervention der NATO zurückgelegt worden sei. Die internationalen Bemühungen um eine Lösung des Konfliktes seien über einen langen Zeitraum hinweg aufrechterhalten worden. Erst die Massaker, die Anfang Februar 1998 bekannt geworden seien, hätten die letzte Phase der Krise eingeleitet. Von diesem Zeitpunkt an sei die Befreiungsarmee des Kosovo (UCK) aktiv geworden. Im Frühjahr hätten die serbischen Streitkräfte sodann die Vertreibungsaktionen begonnen, die im Sommer 1998 zu einer großen Anzahl interner Flüchtlinge geführt hätten. Im Verlauf des Frühjahrs und Sommers 1998 seien die Bemühungen um den Frieden in der Region hauptsächlich durch die Vereinigten Staaten veranlasst gewesen. Nachdem die USA sich missbilligend über die europäische Zurückhaltung in der Krise geäußert hätten, sei er, so Petritsch, zum Sondergesandten der EU in der Region ernannt worden. Sein Mandat habe u. a. die Verhandlungsführung umfasst sowie die Koordination der Bemühungen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe. Seit dem Massaker von Racak im Januar 1999 sei offensichtlich gewesen, dass eine schlichte Fortführung der politischen Bemühungen nicht mehr ausgereicht hätte. Während die Vereinigten Staaten für den sofortigen Einsatz von Militär plädiert hätten, habe die EU befürwortet, die Verhandlungen zu intensivieren. Die Umsetzung des europäischen Vorhabens sei zum einen dadurch erschwert worden, dass es keine einheitliche Spitze der Kosovaren gegeben habe. Zum anderen habe es niemals direkte Kontakte zwischen den beiden Konfliktparteien gegeben.

Im Verlauf der Verhandlungen hätten beide Seiten jeden vorgelegten Text kritisiert. Die Außenminister hätten sich daraufhin auf eine Serie von Prinzipien als nicht verhandelbare Basis der Konfliktlösungsgespräche geeinigt. Dabei habe die Kontaktgruppe dazu gedient, ein Höchstmaß an Transparenz des Verhandlungsprozesses zu gewährleisten. Deutschland habe im Rahmen seiner EU-Präsidentschaft den Informationsfluss zwischen der Kontaktgruppe und der EU gewährleistet. Nach langen Verhandlungen hätten die Kosovaren schließlich doch ein einheitliches Verhandlungsteam geformt. Am

23. Februar hätten die Verhandlungsführer, Botschafter Christopher Hill (Vereinigte Staaten), Boris Maioresky (Russland) und er selbst, Petritsch, einen Brief der serbischen Delegation erhalten, in dem diese ihre Bereitschaft zur Fortführung der Gespräche signalisiert habe. Botschafter Petritsch betonte, dass dieser Brief, in dem die Republik Jugoslawien sich bereit hätte, das Ausmaß und den Charakter einer internationalen Präsenz im Kosovo zu diskutieren, im vollen Bewusstsein des vollständigen Textes der Vereinbarung von Rambouillet, inklusive des Annex B geschrieben worden sei. Insofern sei es nicht richtig, dass es sich bei Annex B um einen geheimen Teil des Rambouillet-Dokumentes gehandelt habe. Die Wiederaufnahme der Verhandlungen von Rambouillet in Paris seien von einer äußerst negativen Propaganda in Jugoslawien begleitet gewesen. Ein echter Dialog habe nicht mehr stattgefunden. Der einzige serbische Sprecher, Milutinovic, habe die Verhandlungsführer einschließlich der Russen mit Beleidigungen überzogen. Unmittelbar nach den Verhandlungen in Paris seien weitere 70 000 Personen im Norden des Kosovo vertrieben worden. Dabei hätten die Serben demnach auch Vorteile von einer Vereinbarung gehabt. Erstens hätten die Kosovaren im Zuge der vorbereiteten Einigung zum ersten Mal der territorialen Integrität der föderalen Republik Jugoslawien zugestimmt. Zweitens hätte man sich darauf geeinigt, dass der Kosovo in Serbien verblieben wäre. In der geplanten dezentralisierten Verwaltung des Kosovo hätten die Mehrzahl der Kompetenzen den Kommunen zugestanden. Die ethnischen Minderheiten hätten die wirksamsten und weitestgehenden Minderheitenrechte in Europa genossen. Schließlich wäre die Befreiungsarmee des Kosovo durch zu stationierende internationale Truppen entmilitarisiert worden. Insofern sei auch durchaus verständlich, dass es für die Befreiungsarmee des Kosovo schwierig gewesen wäre, sozusagen ihrer eigenen Abschaffung zuzustimmen. Denn lediglich die hochrangigen militärischen Führer und Vertreter der Befreiungsarmee hätten möglicherweise eine Zukunft in der Politik gehabt. Die Zustimmung zur Stationierung internationaler Streitkräfte hätte Milosevic mit der Demilitarisierung der Befreiungsarmee rechtfertigen können. Er habe sich jedoch wahrscheinlich davor gefürchtet, dass die demokratischen Entwicklungen im Kosovo auf Serbien hätten übergreifen können. Auch das Wahlrecht, dass den Kosovo-Albanern in Serbien hätte eingeräumt werden müssen, hätte unter Umständen zu einem Verlust von 20 % bis 30 % der Wählerstimmen für Milosevic geführt. Aus Furcht vor einer solchen Minderung seines Einflusses habe Milosevic sich dazu entschlossen, den Konflikt mit der NATO einzugehen.

Auf die Frage des Abg. **Sulejmani** (Mazedonien), ob die Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren würden, solange Milosevic weiterhin an der Macht sei, antwortete **Petritsch**, dass die Rückkehr der Flüchtlinge das Hauptverhandlungsziel gewesen sei. Ob Milosevic Präsident Jugoslawiens bleiben werde oder nicht, sei vom jugoslawi-

schen Volk zu entscheiden. Aufgabe der internationalen Gemeinschaft sei es lediglich, eine sichere Umgebung für die Rückkehr der Flüchtlinge zu schaffen. Über Milosevic selbst habe das Tribunal in Den Haag zu richten.

Abg. **Nardini** (Italien) widersprach dem Botschafter. Der in Rambouillet vorgelegte Text des Abkommens sei nicht akzeptabel gewesen. Vielmehr gelte es, die aggressiven Absichten der NATO offen zu legen. Schließlich hätten italienische Wissenschaftler herausgefunden, dass die Befreiungsarmee des Kosovo aus Faschisten und Stalinisten bestehe, die ein Groß-Albanien forderten, das von den Vereinigten Staaten unterstützt werden sollte.

Botschafter **Petritsch** entgegnete, dass die Klausel betreffend die Stationierung von Streitkräften dem Dayton-Agreement entnommen und insofern nicht neuartig gewesen sei. Zur Zusammensetzung der Befreiungsarmee könne er lediglich zugestehen, dass ihre Mitglieder zahlreiche Ideologien verträten. Das Konzept eines Groß-Albaniens sei Konsequenz des Konzepts Groß-Serbien. Die Europäische Union weise beide Konzepte zurück, da ethnisch geprägte Staaten vermieden werden sollten. Eine solche Haltung werde die Europäische Union auch in Kroatien nicht akzeptieren.

Tim Judah, Autor des Buches „Die Serben: Geschichte, Legenden und die Zerstörung Jugoslawiens (London, April 1997)“, erläuterte vor dem Ausschuss die Verbindung zwischen Serbiens Vergangenheit und den aktuellen politischen Entwicklungen. Hierzu müsse man bei der Geburt Serbiens als Nation beginnen. Als solche werde die große Schlacht im Kosovo Polje im Jahre 1389 angesehen. Unabhängig vom eher glücklosen Ausgang dieser Schlacht würdigten die Serben den damaligen Führer Prinz Lazar, der gesagt habe, dass es besser sei zu sterben als in Schande zu leben. Später dann sei die serbische Nation unter Führung von Bischof Artemije nach Norden gewandert. Das serbische Volk betrachte sich, so Judah, als eine von Gott auserwählte und seinem Schutz unterstellte Nation. Im Jahre 1912 seien die Serben in das Gebiet des Kosovo zurückgekehrt, um es „zu befreien“. Aufgrund der Verschiebung der Bevölkerung nach Norden sei jedoch nur noch ein kleiner Teil der Bevölkerung des Kosovo serbischer Abstammung gewesen. Für die meisten Bewohner dieser Region habe diese „Befreiung“ daher vielmehr eine Eroberung bedeutet. Im Ersten Weltkrieg sei das Kosovo von Deutschen und Österreichern, im Zweiten Weltkrieg von Italienern besetzt gewesen. Die gewalttätigen Konflikte zwischen Serben und Albanern in dieser Region hätten sämtliche dieser Eroberungen begleitet. Die gegenwärtige Situation im Kosovo sei jedoch nur teilweise mit dieser leidvollen Geschichte zu erklären. Große Bedeutung für die gegenwärtige Krise sei auch dem persönlichen politischen Werdegang Präsident Milosevic zuzumessen. Milosevic habe versucht, Kommunismus und Nationalismus zu vereinigen, was ihm nicht gelungen sei.

Der Misserfolg der NATO-Luftangriffe sei auf mangelhafte nachrichtendienstliche Erkenntnisse und Informationen zurückzuführen. Das jüngste Trauma der Kosovaren sei das Ergebnis der Verhandlungen von Dayton gewesen. Denn Rugova habe den Kosovo-Albanern stets in Aussicht gestellt, dass der Region angemessene Aufmerksamkeit im Rahmen einer grundsätzlichen Klärung der Situation in Jugoslawien zuteil werden würde, was sich nicht erfüllt habe. Von da an hätten die Kosovo-Albaner sich von ihrer Führung betrogen gefühlt. Parallel zum Zusammenbruch der albanischen Strukturen im Jahre 1997 habe sich im Kosovo die Befreiungsarmee entwickelt.

1991 sei es den Serben nur deshalb so problemlos gelungen, Kroatien zu erobern, weil es dort wenig Widerstand gegeben habe. Das Kosovo sei zwar ein heiliges Land für die Serben. Nichtsdestotrotz, so Judah, seien nur wenige Serben tatsächlich bereit, für diesen Landesteil zu sterben.

Abg. **Zela** (Albanien) kritisierte die häufig gebrauchte Formulierung der „Invasion“ von NATO-Truppen im Kosovo. Eine derartige gewaltsame Eroberung des Kosovo habe vielmehr 1913 durch serbische Truppen stattgefunden. Sollten NATO-Truppen im Kosovo einziehen, so werde dies eine Befreiung der Region bedeuten. Mit der Bombardierung durch die NATO werde versucht, die Unterdrückung der Kosovo-Albaner zu verhindern. Dementsprechend sei die Befreiungsarmee des Kosovo als Alliierte der NATO zu betrachten. Schließlich verfolgten beide dasselbe Ziel, nämlich den Flüchtlingen zu helfen und Kriegsverbrechen zu verhindern.

Judah ergänzte, dass es immer schwierig sei, die Frage zu beantworten, wer wen verdrängt bzw. bedroht habe. Was 1912 auf der einen Seite als Befreiung aufgefasst worden sei, sei vom Standpunkt der anderen, d.h. der albanischen Seite, als Besatzung empfunden worden. Eine ähnliche Situation bestehe zz. Im Übrigen hätten die Serben stets auf die Albaner herabgeblickt. Zwar hätten die Serben auch keinerlei Sympathien für die Kroaten oder andere ethnische Minderheiten gehegt, doch seien diese immerhin noch als slawische Brüder akzeptiert worden.

Raymond Hall, der regionale Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen für die Beneluxländer und die europäischen Institutionen, sprach über die Koordination von zivilen und militärischen Anstrengungen bei der Bewältigung von Krisensituationen. Aus der Sicht des UNHCR sei die Krise im Kosovo derzeit zwar der dringendste, nicht jedoch der einzige Fall. Das Ausmaß der Flüchtlingsproblematik könne noch nicht einmal mit der Situation im Bosnien-Krieg verglichen werden. Auch das Tempo, mit dem die Menschen vertrieben würden, sei wesentlich höher als noch vor drei Jahren. Dementsprechend hätten Notfallpläne lediglich mit einem Flüchtlingsaufkommen von rund 150 000 Menschen

gerechnet. Stattdessen seien seit März 1999 mehr als 700 000 Menschen gezwungen worden, ihre Häuser zu verlassen. Zuzugestehen sei, dass die internationalen Hilfsorganisationen besser hätten vorbereitet sein können. Andererseits lebe der UNHCR von freiwilliger Unterstützung durch die nationalen Regierungen. Zu Beginn der Krise hätten dem UNHCR lediglich 10 % der benötigten Ressourcen zur Verfügung gestanden. Diese Situation habe sich inzwischen verbessert. Im Verlauf der Hilfsleistungen habe das Militär sich als wertvoller Partner sowohl in Mazedonien als auch in Albanien erwiesen. Die humanitären Hilfsorganisationen wären allein nicht in der Lage gewesen, mit der Situation fertig zu werden. Heutzutage arbeiteten humanitäre Hilfsorganisationen mit militärischen Streitkräften Hand in Hand zusammen. Aus der Sicht des UNHCR sei diese Zusammenarbeit sehr zu begrüßen, da sie die zur Verfügung stehenden Kapazitäten erheblich vergrößere. Dennoch bestehe der UNHCR auf einer zivilen Kontrolle der Flüchtlingslager, auch deshalb, weil es den Streitkräften an einem Mandat für die Erfüllung solcher Aufgaben fehle. Darüber hinaus müsse der UNHCR unabhängig und unpolitisch agieren. Eine zu enge Anbindung an die Streitkräfte würde diese unparteiische Rolle des UNHCR innerhalb und außerhalb Serbiens gefährden.

Dr. Francesco Palmeri, Direktor der NATO-Planungseinheit für zivile Notfälle, widmete sich der Fragestellung, auf welche Weise die NATO zum Partner humanitärer Organisationen werden könne. Die NATO habe seit ihrer Gründung vor 50 Jahren über eine zivile Notfallplanung verfügt. Seit dem Ende des Kalten Krieges sei die Bedeutung dieser Planung jedoch stetig gewachsen. Dementsprechend sei in dem 1991 in Rom verabschiedeten Strategischen Konzept der NATO festgehalten worden, dass man sich auf vielfältige Risiken einzustellen habe. Der Krieg in Bosnien habe bewiesen, dass dieser umfassend verstandene Sicherheitsbegriff angemessen sei. Die zivile Notfallplanung sei die richtige Antwort auf die neuen Sicherheitsrisiken. Im Bereich der zivilen Notfallplanung kooperiere die NATO mit den Mitgliedstaaten der Partnerschaft für den Frieden. Diese Zusammenarbeit sei auch ein wichtiger Bestandteil der Beziehungen der NATO zu Russland und zur Ukraine. In diesem Zusammenhang sei ein euro-atlantisches Krisenreaktionszentrum eingerichtet worden. Mit Hilfe dieser Strukturen wolle man insbesondere Naturkatastrophen bewältigen helfen. Doch auch in der komplexen Situation der Kosovo-Krise habe man zur Linderung der Not beitragen können.

Auf die Frage, ob alles Erdenkliche habe geleistet werden können, müsse die Antwort „nein“ lauten. Denn um Duplikationen zu vermeiden, habe die NATO sich in Bereichen zurückgehalten, wo sie hätte helfen können. Die ersten offiziellen Kontakte zwischen der NATO und der EU hätten im April 1999 stattgefunden. Seitdem habe die Umsetzung gemeinsamer Planungen für zivile Not-

fälle begonnen. Mit dem Thema der humanitären Katastrophe befasste sich dementsprechend das Strategische Konzept der NATO aus dem Jahre 1999 zum ersten Mal. Während früher die territoriale Verteidigung Aufgabenschwerpunkt der NATO gewesen sei, würde die Allianz heutzutage mehr und mehr für komplexe Aufgaben außerhalb ihres Territoriums eingesetzt.

In der anschließenden Diskussion regte Abg. **Chauveau** (Frankreich) an, im Falle zukünftiger euroatlantischer Krisen sämtliche Informationen, die die humanitären Aspekte betreffen, an einer einzigen Stelle zu sammeln und somit die Kooperation von UNHCR, NATO, OSZE und EU zu verbessern sowie eine zentralisierte Entscheidungsfindung auf der Basis von Konsultationen zu ermöglichen.

Abg. **Mahon** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich, ob das euroatlantische Krisenzentrum auch in den Prozess der Rekonstruktion des Kosovo einbezogen werden solle. **Dr. Palmeri** entgegnete, dass die zivile Notfallplanungseinheit sich nicht selbst für Einsätze mandatieren könne. Die Mehrheit der NATO-Staaten sei gegen eine stärkere Einbeziehung der NATO in die Flüchtlingshilfe mit der Begründung, dass dies nicht Aufgabe der NATO sei. **Raymond Hall** hoffte, dass durch den Hohen Repräsentanten der Europäischen Union für eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eine bessere politische Abstimmung erreicht werden könne.

Abschließend stellte Generalberichterstatter Abg. **Arthur Paecht** (Frankreich) den Entwurf eines Generalberichts zum Thema „Humanitäre Intervention zwischen Politik und Völkerrecht“ vor. Er beschäftigte sich mit der Frage, in welchem Maße es zulässig sein könne, von dem in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundprinzip der „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten“ abzuweichen, indem militärische Macht zu humanitären Zwecken eingesetzt werde. Hierzu klärte der Berichterstatter zunächst die Grundsätze des Völkerrechts im Hinblick auf die Anwendung von Gewalt (*jus ad bellum*). In seinem Bericht analysierte Paecht die neuere Praxis des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und kam zu dem Ergebnis, dass diese ein „humanitäres Interventionsrecht“ legitimiere und gleichzeitig den Primat des Schutzes der Menschenrechte gegenüber der bisher absolut verstandenen nationalen Souveränität der Staaten verankert habe. Eingehend widmete der Bericht sich dem Spannungsfeld zwischen der moralischen Pflicht der Staatengemeinschaft zu Hilfeleistungen im Fall humanitärer Katastrophen, welche glücklicherweise immer mehr als universeller Imperativ betrachtet werde, und der Notwendigkeit, die eindeutige Rechtsstaatlichkeit derartiger Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht der Völker sicherzustellen. Die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft sollten in diesem Zusammenhang, so Paecht, darauf abzielen, diese Spannungen abzubauen, was die systematische Einholung einer

Genehmigung des Sicherheitsrats für das Tätigwerden von Staaten bedeuten würde. Für künftige Operationen der NATO forderte Paecht daher, vor deren Tätigwerden ein Mandat des Sicherheitsrates einzuholen. Denn die Allianz könne für sich kein einseitiges Interventionsrecht geltend machen, ohne erkennen zu müssen, dass andere derzeitige oder künftige Mächte eines Tages ein ähnliches Vorrecht für sich in Anspruch nehmen könnten. Des Weiteren sollte eine starke europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität mit einheitlichen politischem Willen ein Gleichgewicht innerhalb der Allianz herstellen, das eine Garantie dafür bieten würde, dass die getroffenen Entscheidungen das gegenseitige Bewusstsein der Anliegen und Prioritäten beider Pfeiler der Allianz widerspiegeln.

Um die Einholung des somit für jeglichen Einsatz der NATO außerhalb ihres Vertragsgebietes erforderlichen Votums des Sicherheitsrates für jegliche Gewaltanwendung zu erleichtern, forderte Paecht eine Reform der Zusammensetzung des Sicherheitsrates. Zunächst einmal müsse die Zahl der ständigen Mitglieder erhöht werden, um den Einfluss der unterrepräsentierten Kontinente zu steigern. Anschließend müsse das Vetorecht abgeschafft werden, das stets eine Lähmung des Rates befürchten lasse. Vielmehr solle ein auf qualifizierten Mehrheiten beruhender Entscheidungsprozess eingeführt werden.

Abg. **Nardini** (Italien) stimmte dem Berichterstatter darin zu, dass das internationale Völkerrecht geändert werden müsse. Der Einsatz der NATO im Kosovo stelle ihrer Auffassung nach einen Bruch des Völkerrechts dar. Daher bestehe z.z. ein ernsthaftes Risiko der Unterminierung des Völkerrechts. Schließlich könnten in Zukunft auch andere Staaten beschließen, unter Berufung auf eine humanitäre Katastrophe in einem anderen Gewalt anzuwenden.

Dem widersprach ihr italienischer Kollege Abg. **Porcari**. Der Eingriff der NATO im Kosovo sei erforderlich gewesen, um die Serben und Kosovaren davon abzuhalten, sich gegenseitig zu töten. Auch er sei der Auffassung, so Porcari, dass die Staaten das Völkerrecht ändern sollten. Der Vorsitzende, Senator **Migone**, schlug vor, die angesprochenen Themen wie die zivilmilitärische Zusammenarbeit im Krisenfall und die Legitimierung humanitärer Interventionen im Ausschuss weiterzuverfolgen.

Plenarsitzung

Der Präsident der Versammlung, **Javier Ruperez** (Spanien), brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, dass die NATO-Parlamentarier erstmals in der Hauptstadt eines neuen Bündnismitglieds tagten. Dieser Umstand mache auch deutlich, dass es keine Blöcke mehr gebe. Im Bündnis seien Länder zusammengeschlossen, die sich denselben Werten verpflichtet und mit dem Jugoslawien-Konflikt ihre erste Bewährungsprobe zu bestehen hätten. Die

ethnischen Säuberungen müssten unterbunden und Milosevic dazu gezwungen werden, die fünf von der internationalen Staatengemeinschaft gestellten Bedingungen zu erfüllen. Jenseits des Kosovo-Konfliktes müsse das Neue Strategische Konzept dahin gehend geprüft werden, ob die NATO ihrer neuen Rolle beim Krisenmanagement gerecht werde und inwieweit mit Russland eine vertrauensvolle Partnerschaft dauerhaft aufgebaut werden könne. Das Strategische Konzept biete dem Bündnis die rechtliche Grundlage zur Konfliktlösung und zum Krisenmanagement. Bei der praktischen Umsetzung seien allerdings Meinungsverschiedenheiten zwischen Befürwortern und Gegnern einer strikten Beschränkung der NATO auf Artikel-5-Missionen aufgetreten. Deshalb werden die NATO-Partner zukünftige Missionen von Fall zu Fall im Konsens beschließen.

Seit dem Paradigmenwechsel in Europa habe die NATO ihre Beziehungen zu Russland systematisch ausgebaut. Parallel dazu habe die Versammlung mit ihren Kollegen aus der Duma und dem Föderationsrat eine gemeinsame Arbeitsgruppe zur Beratung wichtiger Sicherheitsaufgaben ins Leben gerufen. Durch den Kosovo-Konflikt sei diese Verbindung in Mitleidenschaft geraten, die Anwesenheit der Duma-Kollegen in Warschau zeige jedoch, dass die Bereitschaft zur Verständigung nicht verschüttet sei. Ausdrücklich lobte **Ruperez** den Beitrag des früheren russischen Ministerpräsidenten Tschernomyrdin bei der Vermittlung des Friedensplanes gegenüber Milosevic.

Nicht erst seit dem Kosovo-Konflikt habe sich die NATO mit Südosteuropa befasst; bereits seit 1997 fänden jährlich Seminare in Mazedonien statt, um die Balkan-Länder schrittweise an demokratische dialoggestützte Strukturen heranzuführen. **Ruperez** betrachtete eine starke Präsenz der NATO in der Region als stabilitätsfördernd und plädierte für einen raschen Beitritt Rumäniens, Bulgariens und Sloweniens, der dann auch beitragswilligen Ländern mit einer längeren Zeitachse, wie Albanien, Mazedonien und Kroatien, Ansporn sein könnte, den Reformprozess in ihrem Land zu beschleunigen.

Obwohl die europäischen Bündnispartner ihren Wunsch nach einer eigenen Verteidigungs- und Sicherheitsidentität stets zum Ausdruck brächten, habe der Kosovo-Konflikt doch sehr deutlich gezeigt, wie groß die Abhängigkeit von US-amerikanischer Militärtechnik ist. Aus der Erkenntnis eigener Schwächen und Defizite könne jedoch in Europa eine neue Initiative wachsen. Veränderungen seien auch bereits eingetreten; Frankreich z. B. habe im Kosovo Verantwortung übernommen, auch Deutschland gewöhne sich allmählich an seine neue Rolle als gleichberechtigter Bündnispartner und selbst die traditionell neutralen Länder befürworteten die Einbindung der „Petersberg-Aufgaben“ in den Vertrag von Amsterdam.

In seinem Resümee unterstrich Präsident **Ruperez** das Erfordernis, die europäischen Verteidigungskapazitäten zu verbessern.

Der Marschall des Sejm, **Maciej Plazynski**, würdigte den Beitrag der Versammlung der NATO zu den Beitrittsverhandlungen und Ratifizierungsverfahren für die neuen Mitglieder. Er erinnerte daran, dass vor exakt zehn Jahren der NAV-Ausschuss für Osteuropa gegründet worden sei, dessen erster Besuch Polen gegolten habe. Damals habe es niemand für möglich halten können, dass polnische Delegierte eines Tages gleichberechtigt an den NAV-Aktivitäten teilnehmen würden.

Diese Hoffnung hegten nun weitere Länder, die bereits große Anstrengungen zur Aufnahme in die NATO unternommen hätten. Gerade die im Kosovo-Konflikt gewonnenen Erfahrungen machten deutlich, dass Länder mit gemeinsamen Werten und demokratischen Grundsätzen sich zusammentun sollten. Andernfalls könnte Belgrad neben dem von ihm verursachten Flüchtlingselend, den begangenen Verbrechen auch noch eine Spaltung innerhalb Europas für sich verbuchen. Abschließend wies **Plazynski** darauf hin, dass sich die Versammlung in „Parlamentarische Versammlung der NATO“ umbenennen werde, um so ihre engere Anbindung mit der NATO auszudrücken, und er verband damit seinen Appell an die Delegierten, ihre Versammlung weiterhin für neue Mitglieder offen zu halten im Interesse eines stabilen Europas auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit, demokratischer Werte und der Achtung der Menschenrechte.

Zu Beginn ihrer Ausführungen erinnerte Senatsmarschallin Professor **Alicja Grzeskowiak** die Versammlung daran, dass beide Kammern des polnischen Parlaments Polens Wunsch nach Aufnahme in die NATO zum Ausdruck gebracht hätten. Mit dem kürzlich vollzogenen Beitritt habe sich Polen nicht nur zu den militärischen Verpflichtungen, sondern ebenso unverbrüchlich zu den in der Präambel des Washingtoner Vertrages niedergelegten Werten bekannt.

Vorausgegangen sei eine zehnjährige Mitarbeit polnischer assoziierter Delegierter in der Nordatlantischen Versammlung, die ein wichtiger Wegbereiter zur Bündnismitgliedschaft gewesen sei. Die Versammlung zähle mithin zu den internationalen Organisationen, welche das Zusammenwachsen Europas aktiv mitgestaltet und zu einer gemeinsamen Sicherheitsstruktur entscheidend beigetragen habe. Im Gegensatz zur meist hinter geschlossenen Türen wirkenden Diplomatie stehe die Nordatlantische Versammlung für einen offenen und akzeptanzorientierten Gedankenaustausch. Den NAV-Delegierten obliege es, ihre Auffassungen darzulegen, die von Regierungen gefassten Beschlüsse zu kontrollieren und damit bei der Bevölkerung Akzeptanz für die NATO-Missionen zu gewinnen.

Abschließend brachte die Marschallin ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass der Aufenthalt in Polen die Gäste darin bestärkt habe, dass Polen ein zuverlässiger, demokratischen Werten verpflichteter Partner sei.

Premierminister **Jerzy Buzek** unterstrich, wie wichtig es für die Beitrittsaspiranten gewesen sei, sofort als gleichberechtigte Partner akzeptiert worden zu sein. Polen habe aus seiner eigenen leidvollen Geschichte in diesem Jahrhundert – als Europa tatenlos den Nazigräueln zusah – die Lehre gezogen. So beteilige Polen sich an den Militäraktionen im Kosovo, zu denen es letztendlich keine Alternative gegeben habe, und fördere ein koordiniertes Vorgehen in Europa. Letztlich seien Europa und die NATO gleichermaßen gestärkt aus dem Kosovo-Konflikt hervorgegangen. Buzek fasste Polens Hauptanliegen wie folgt zusammen, erstens: Ausbau der Beziehungen zwischen der NATO und der Ukraine, zweitens: Politik der „offenen Tür“ gegenüber beitragswilligen Ländern und drittens: Erarbeitung eines Aktionsplanes, um diese Länder für einen Beitritt „fit“ zu machen.

Abg. **Killian** (Finnland) fragte den Premierminister nach seinen Vorstellungen von dem Ineinandergreifen von Vereinten Nationen und regionalen Sicherheitsorganisationen bei internationalen Krisen. **Buzek** entgegnete darauf, dass er sich eine optimierte und harmonisierte Zusammenarbeit zwischen der NATO und den Vereinten Nationen wünsche, zumal Krisensituationen in aller Regel rasche Entscheidungen erforderten.

Senator **Colin Kenny** (Kanada) fragte, ob es notwendig sei, den NATO-Vertrag im Hinblick auf die Osterweiterung zu ändern.

Ohne die formale Bedeutung des Washingtoner Vertrages schmälern zu wollen, unterstrich **Buzek**, wie wichtig vor allem der politische Wille zur Osterweiterung sei. Im Übrigen sei es auch nach den geltenden Bestimmungen möglich, die Politik der „offenen Tür“ fortzusetzen.

Unter Hinweis auf die zahlreichen kritischen Stimmen in ihrem Land zur Lastenverteilung und zu den Kosten des Wiederaufbaus auf dem Balkan erkundigte sich Abg. **Roukema** (Vereinigte Staaten) nach Polens Haltung.

Polen, so lautete **Buzeks** Antwort, wirke an dem Programm zum Wiederaufbau mit, der Beitrag jedes einzelnen Landes müsse jedoch individuell geregelt werden.

Der albanische Abg. **Zeta** dankte zunächst den Delegierten für ihre Unterstützung der albanischen Kosovaren und fragte sodann, ob er für den Fall, dass Milosevic die fünf von der NATO gestellten Bedingungen nicht erfülle, für den Einsatz von Bodentruppen plädiere.

Buzek erwiderte, tagtäglich müsse die militärische Lage und Milosevic Reaktion darauf neu bewertet werden; gegenwärtig könne er schwer abschätzen, ob der Einsatz von Bodentruppen unumgänglich werde. **Lord Kennet** (Vereinigtes Königreich) fragte, bis wohin die NATO-Erweiterung gehen und ob sie einige GUS-Staaten beinhalten solle.

In seiner Antwort erinnerte **Buzek** daran, dass noch vor zwölf Jahren eine Konstellation in Europa wie die gegenwärtige unvorstellbar gewesen wäre. Er räumte ein, dass eine langfristige Planung der Osterweiterung schwierig sei, allerdings seien nach seiner Auffassung zunächst diejenigen Länder Mitteleuropas an der Reihe, welche die Beitrittskriterien erfüllten. Abg. **Ozerow** (Russland) fragte, welche humanitären Ziele nach 2-monatigem Bombardement im Kosovo nun erreicht worden seien.

In seiner Antwort wies **Buzek** darauf hin, dass die ethnischen Säuberungen und Vertreibungen schon lange vor den NATO-Einsätzen begonnen habe. Bei früheren vergleichbaren Ereignissen habe die NATO zu spät reagiert; diesen Fehler wolle sie nicht wiederholen. Ziel der Intervention seien ein Stopp der ethnischen Säuberungen und die Eindämmung des Konfliktes.

Im Anschluss an die Aussprache beglückwünschte der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der NATO, **Javier Ruperez**, die beiden Gewinner – Adam Bugajaski aus Polen und Ilya Valerievitch Vedralshko aus Moldawien – des Wettbewerbs zur Geschichte der NATO, den die Versammlung zu ihrem 50. Bestehen ausgelobt und an dem sich 6 000 junge Leute zwischen 18 und 26 Jahren beteiligt hatten.

Im weiteren Verlauf der Sitzung billigte die Versammlung die Entscheidung des Ständigen Ausschusses, Aserbaidschan und Schweden den Status parlamentarischer Beobachter und Georgien und der Schweiz den Status einer assoziierten Delegation zuzuerkennen.

Zugestimmt hat die Versammlung der notwendig gewordenen Änderung der Geschäftsordnung als Folge der Vollmitgliedschaft Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns in der NATO sowie der Änderung des Namens „Bundesrepublik Deutschland“ in „Deutschland“. Die Versammlung befürwortete auch ihre Umbenennung in „Parlamentarische Versammlung der NATO“, abgekürzt NATO PV.

Ausführlich beriet die Versammlung den von dem Abg. **Cook** (Vereinigtes Königreich) vorgelegten Entwurf einer „Erklärung der Parlamentarischen Versammlung der NATO zum Kosovo“. Zur Erklärung waren 86 Änderungsanträge eingebracht worden. Die Versuche des sehr aktiven Vertreters Russlands, Abg. **Ozerow**, die stark von der Kosovo-Erklärung bestimmten Wortsetzungen durch Formulierungen der Erklärung der G8-Außenminister zu ersetzen – insbesondere bei den §§ 8 und 16 – wurden von der deutschen – und anderen europäischen – Delegationen gestützt, erhielten aber keine Mehrheit. Dafür wurde jedoch die Unterstützung für die G8-Außenminister-Vorschläge deutlich stärker formuliert als in der Ursprungsversion der Erklärung vorgesehen. Die vom deutschen Delegationsleiter, Abg. **Markus Meckel**, eingebrachten Änderungsanträge im Interesse einer ausgeglicheneren und größeren Aufnahme von Flüchtlingen in Westeuropa und Nordamerika und zur Forderung des SOE-Stabilitätspakts wurden mehrheitlich gebilligt. Ausdrücklich wird in der verabschiedeten Erklärung gefordert, dass die für die Verbrechen Verantwortlichen – „einschließlich Präsident Milosevic“ – zur Verantwortung gezogen werden (§ 4). Nach eingehender Beratung aller Änderungsanträge nahm die Versammlung die Erklärung in geänderter Fassung an, die in der Anlage abgedruckt ist.

Berlin / Bonn, den 15. Dezember 1999

Markus Meckel
Leiter der Delegation

Florian Gerster
Stellvertretender Leiter der Delegation

ANLAGE

Parlamentarische Versammlung der NATO
(Parlamentarische Versammlung der NATO)

Warschauer Plenarerklärung zum Kosovo

1. Wir, die Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung der NATO *) (PV NATO), sind auf unserer Frühjahrstagung in Warschau zusammengekommen und haben folgende Erklärung verabschiedet zur Unterstützung der Ziele der NATO bei ihrem Einsatz zur Schaffung von Verhältnissen, die den Flüchtlingen eine sichere Rückkehr in das Kosovo ermöglichen und Frieden und Stabilität in der Region sicherstellen. Als Vertreter des Volkes geben wir die Meinungen unserer Völker wieder, die die Praktiken des Milosevic-Regimes nachdrücklich ablehnen. Wir sind überzeugt, dass die in dieser Erklärung enthaltenen Friedensvorschläge die Menschenrechte aller Bürger der Region, einschließlich jener der Bundesrepublik Jugoslawien, uneingeschränkt respektieren und dass der Einsatz von Zwangsmaßnahmen zum Schutz der Menschenrechte zwar zutiefst zu bedauern, unter diesen Umständen jedoch gerechtfertigt ist.
2. Wir sind der Auffassung, dass die Politik der Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) im Kosovo eine der grundlegenden Herausforderungen für die von der NATO seit ihrer Gründung vertretenen Werte – Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit – darstellt.
3. Wir verurteilen auf das Schärfste die Politik von Präsident Milosevic und seinem Regime – die Vertreibungen, Morde und anderen Gräueltaten, die an unschuldigen Zivilisten begangen wurden. Wir – Regierungen und Parlamente – müssen gemeinsam deutlich machen, dass es in Europa keinen Platz gibt für die Art von politischer Führung in der Bundesrepublik Jugoslawien, die noch immer stattfindende Flagrantverletzungen der Menschenrechte zulässt. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Terrorkampagne erfolgreich ist.
4. Wir bekräftigen, dass es ohne Gerechtigkeit keinen dauerhaften Frieden geben kann. Die an den Menschen im Kosovo durch die Streitkräfte, Polizei und paramilitärischen Kräfte der Bundesrepublik Jugoslawien verübten Gräueltaten verletzen das Völkerrecht. Präsident Slobodan Milosevic und andere, die für die systematische Kampagne der Gewalt und

Zerstörung gegenüber unschuldigen Zivilisten im Kosovo und für die gewaltsame Deportation mehrerer hunderttausend Flüchtlinge verantwortlich sind, werden in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen für ihr Handeln zur Rechenschaft gezogen werden. Auch wenn das Vorgehen des Internationalen Strafgerichtshofes für das ehemalige Jugoslawien die diplomatischen Verhandlungsanstrengungen komplizieren kann, bleibt die internationale Unterstützung für die Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der Menschenrechte und der grundlegenden Freiheiten von allergrößter Bedeutung.

5. Wir bekunden unsere Solidarität mit den Kosovo-Albanern und mit den Flüchtlingen; wir bedauern den Verlust unschuldiger Menschenleben; wir würdigen die Anstrengungen unserer militärischen Streitkräfte, die unter schwierigen Umständen im Einsatz sind.
6. Wir teilen uneingeschränkt die Ziele der internationalen Gemeinschaft, wie vom Generalsekretär der Vereinten Nationen dargelegt und der Europäischen Union bekräftigt: ein friedliches, multiethnisches, demokratisches und autonomes Kosovo, in dem alle seine Bewohner in Sicherheit leben und die allgemeinen Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten gleichermaßen in Anspruch nehmen können. Die Parlamentarische Versammlung der NATO unterstützt voll und ganz diese Ziele unter uneingeschränkter Beachtung der territorialen Unversehrtheit der BRJ.
7. Wir unterstützen voll und ganz die mit den von der NATO ergriffenen Militäraktionen verfolgten Ziele gegenüber der BRJ, die darauf ausgerichtet sind, das Leid der Kosovo-Albaner zu beenden und ihre Rückkehr in ihre rechtmäßige Heimat unter wirksamem internationalem Schutz sicherzustellen. Diese militärischen Maßnahmen richten sich nicht gegen das serbische und montenegrinische Volk, dessen Leid wir zutiefst bedauern, sondern gegen die Politik des Belgrader Regimes, das einzig und allein für alle in der BRJ entstandenen Verluste verantwortlich ist.
8. Wir bekräftigen, dass eine friedliche Beilegung des Konfliktes voraussetzt, dass Präsident Milosevic folgende Forderungen erfüllt, die im Einklang stehen mit der von den an dem Treffen des Nordatlantikrats am 23. bis 24. April 1999 in Washington D. C. teilnehmenden Staats- und Regierungschefs veröffentlichten Erklärung:
 - a) eine verifizierbare Beendigung aller Militäraktionen und das sofortige Ende von Gewalt und Unterdrückung im Kosovo durch Kräfte der BRJ;

*) Früher die Nordatlantische Versammlung.

- b) den Abzug der militärischen polizeilichen und paramilitärischen Kräfte aus dem Kosovo;
 - c) die Stationierung einer internationalen Militärpräsenz im Kosovo;
 - d) die bedingungslose und sichere Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen in ihre Heimat und den ungehinderten Zugang humanitärer Hilfsorganisationen zu diesen Menschen;
 - e) einen glaubhaften Nachweis seiner Bereitschaft, auf eine politische Rahmenvereinbarung zur Herbeiführung einer dauerhaften Regelung des Kosovoproblems hinzuarbeiten.
9. Wir möchten unsere nachdrückliche Unterstützung zum Ausdruck bringen für die allgemeinen Grundsätze, niedergelegt in der von den Außenministern der G8 auf ihrem Treffen am Donnerstag, dem 6. Mai 1999 in Bonn verabschiedeten Erklärung, und deren uneingeschränkte Umsetzung. Wir sind der Ansicht, dass alles unternommen werden muss zur Weiterverfolgung des Beschlusses der G8, diese Erklärung in eine Resolution des VN-Sicherheitsrates gemäß Kapitel VII der Charta der VN zu übertragen, und wir sind der Auffassung, dass die Akzeptanz der Erklärung durch die BRJ ein positiver Schritt wäre.
10. Wir unterstützen alle diplomatischen Anstrengungen unserer Regierungen, um auf bilateralem und multilateralem Wege eine Lösung des Konfliktes herbeizuführen. Wir anerkennen die von der russischen Regierung und den russischen Parlamentariern unternommenen Anstrengungen mit dem Ziel, eine langfristige Lösung im Kosovo herbeizuführen, und begrüßen diese Anstrengungen.
11. Abgesehen von der Kosovo-Frage ist es unsere Überzeugung, dass eine dauerhafte Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa durch die enge Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland erleichtert wird. Wir sind bereit, mit unseren Partnern im russischen Parlament zusammenzuarbeiten, um uns auf gemeinsame Ansatzpunkte in dieser Krise und jeder anderen wichtigen Herausforderung für die Sicherheit Europas zu verständigen.
12. Wir erkennen die mutige Unterstützung von Staaten aus der Region für NATO-Operationen im Kosovo an und würdigen sie. Wir begrüßen es, dass sich die NATO im Rahmen des in Washington verabschiedeten Aktionsplans für Mitgliedschaft verpflichtet hat, jenen Ländern in der Region zu helfen, die ihre beschleunigte Aufnahme in die NATO anstreben. Wir verpflichten uns, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um durch unser Rose-Roth-Programm diese Anstrengungen zu unterstützen.
13. Wir verpflichten uns ferner, die demokratisch gewählte Regierung von Präsident Djukanovic in der Republik Montenegro zu unterstützen, und setzen uns für eine Beteiligung montenegrinischer Parlamentarier an den Aktivitäten der Versammlung ein, solange eine Demokratisierung der gesamten Bundesrepublik Jugoslawien aussteht.
14. Wir bekunden unsere Solidarität mit den Flüchtlingen im Kosovo und würdigen alle Anstrengungen durch Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, um das Leid dieser Menschen zu lindern. Wir appellieren an unsere Regierungen, Albanien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien beim Aufbau von Aufnahmeeinrichtungen sowie mit finanzieller Hilfe zu unterstützen, um schwere Beeinträchtigungen ihrer Volkswirtschaften zu vermeiden, und – soweit angemessen – durch andere Mittel zu unterstützen, um ihnen zu helfen, diese schwere Last zu tragen, zum Beispiel indem unter gerechter Verteilung eine zusätzliche Zahl von Vertriebenen aufgenommen wird, denen vorübergehender Schutz in Westeuropa und Nordamerika gewährt wird.
15. Wir unterstützen alle Anstrengungen jugoslawischer demokratischer Oppositionsgruppen, einen demokratischen Wandel in ihrem Land einzuleiten. Wir bekräftigen, dass ein demokratisches Jugoslawien seinen festen Platz in der Gemeinschaft europäischer Staaten hat.
16. Wir sind überzeugt, dass sich die Nato-Staaten nachdrücklich verpflichten sollten, die wirtschaftliche Entwicklung in Südosteuropa zu fördern. Daher unterstützen wir alle Anstrengungen unserer Regierungen, rechtzeitig Pläne für die umfassende wirtschaftliche und politische Stabilisierung von Südosteuropa und die Demokratisierung der Region zu erarbeiten und entsprechende Ressourcen vorzusehen, damit ein angemessen abgestufter Wiederaufbau unmittelbar nach dem Waffenstillstand beginnen kann. Diese Pläne sollten einen Ausgleich für erlittene Schäden durch die Nachbarstaaten Jugoslawiens vorsehen, gefolgt von gezielten Strategien für ihre zukünftige Entwicklung und ihre Integration in die Europäische Union. Wir laden alle Staaten zur Zusammenarbeit ein bei dem Bemühen, einen Stabilitätspakt, wie von der Präsidentschaft der Europäischen Union vorgeschlagen, zu vereinbaren. Wir sind der Auffassung, dass diese Pläne auf einer engen Zusammenarbeit und Koordination zwischen den internationalen Institutionen, einschließlich der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der OSZE und der NATO basieren sollten, wobei die NATO eine führende Rolle bei der militärischen Stationierung spielen sollte, was von entscheidender Bedeutung für die langfristige Stabilisierung des Kosovo und die Rückkehr der Flüchtlinge sein wird.